

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königsstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 601. Tel.: Amt Königsstadt 4337.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsanträge u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss ... redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 4.

Berlin, den 26. Januar 1913.

14. Jahrgang.

Ein Pionier des sozialen Fortschritts.

(Zum 70. Geburtstag Hans Hermann Frhr. v. Berlepsch.)

Wenn wir uns das stattliche Gebäude unserer Arbeitergesetzgebung in Deutschland: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, betrachten und uns rühmen, daß unser Vaterland unter den modernen Kulturländern auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze steht, so gedenken wir gern jener Männer, die mit ungeheurer Mühe, Aufopferung und selbstloser, hingebender Arbeit geholfen haben, diese Gesetzgebung zu schaffen. Wir wollen gern und freudig jenen Männern unsere vollste Anerkennung und unseren herzlichsten Dank, welche in einer Zeit die soziale Gesetzgebung gefördert haben, als die Arbeiterchaft selbst infolge der Schwäche ihrer Organisationen noch nicht so in der Lage war, hier mitzuarbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Unter jenen Persönlichkeiten ragt ganz besonders ein Mann hervor, der am 30. März dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feiert; das ist der uns allen bekannte und beliebte Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Berlepsch. Wir feiern in ihm nicht bloß den Staatsmann, der in seiner Eigenschaft als Minister hervorragend mitgeholfen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, sondern auch den Mann, der nach seiner Ministerzeit das Banner des sozialen Fortschritts ebenso klug wie entschieden und erfolgreich allen jenen bürgerlichen Kreisen vorangetragen hat, die sich auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zusammengefunden haben. Schon heute lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf jenen Festtag, den wir mit ganzer Seele mitfeiern wollen.

Freiherr von Berlepsch begann in den 80er Jahren seine Staatslaufbahn als Landrat in Oberschlesien, war später Regierungspräsident von Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für einen sozialen, warmfühlenden Menschen, wie er es war, mit den Nöten und Beschwerden und den Wünschen der Arbeiterschaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ernststen Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Idee reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preussische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererkasse des Kaisers, von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz förderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte deutsche internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr von Berlepsch war ihr Vorsitzender. Wenn die Beratungen auch damals nicht zum Abschluß von Verträgen geführt haben, so hat doch die gesamte Sozialpolitik durch diese Konferenz einen starken Anstoß erhalten, der grundlegend war für die sozialen Fortschritte in den meisten Kulturländern.

Am stärksten war die Wirkung in Deutschland. Der in den 80er Jahren geschaffenen Arbeiterversicherung folgte nunmehr die lang geforderte Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Dem Reichstag wurde

im Jahre 1890 eine aus den Händen des Freiherrn von Berlepsch hervorgegangene Neugestaltung der wichtigsten Teile der Gewerbeordnung vorgelegt. Erweiterung und Verschärfung der Sonntagsruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Durchführung der Fortbildungsschule, gesundheitlicher und sittlicher Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienischer Maximalarbeitszeit für Männer, Höchstarbeitszeit für Frauen, Besserordnung der Arbeit für jugendliche Arbeiter, Verbot gefährlicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, Verschärfung der Fabrikaufsicht; das war der bedeutende Inhalt der Reformen dieser Arbeiterschutzgesetze, die mit dem Namen des Freiherrn von Berlepsch ewig verbunden bleiben. Gleichzeitig wurde der bekannte Beirat für Arbeiterstatistik eingesetzt, der für einzelne Gewerbe mit überlangen Arbeitszeiten Erhebungen und Schutzvorschläge machen sollte. Die segensreiche Tätigkeit dieses Beirats ist bekannt, wenn er auch leider gegenwärtig nichts mehr von sich hören läßt. Durch ihn wurden untersucht die Verhältnisse im Bäckerergewerbe, Gastwirtsgerber, Gewerbe der Stellenvermittlung, der Heimarbeit, ganz besonders der Konfektions- und Wäschebranche usw. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung von Gewerbeberatern auf Grund der Arbeiterschutzgesetze, die für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis so ungemein segensreich gewirkt haben und bis heute noch wirken.

Das energische Vorgehen in der Sozialreform durch Freiherrn von Berlepsch weckte jedoch mächtige Gegner. Das Scharfmaßertum fürchte mit aller Gewalt gegen diesen sozialen Minister an, und wenn Freiherr von Berlepsch sich nicht dadurch heirren ließ, den eingeschlagenen Weg ruhig und fest weiter ging, so gelang es doch der gegnerischen Strömung unter dem Reichskanzler von Hohenlohe, eine Schwenkung im sozialpolitischen Kurs durchzusetzen, der vorübergehend zu einem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik führte. Noch gelang es von Berlepsch, die Bundesratsverordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien durchzuführen, dann nahm er seinen Abschied, nachdem er die Einsicht gewann, daß für seine soziale Arbeit in der Regierung kein Platz mehr war.

Nunmehr aber folgte ein Abschnitt sozialer Tätigkeit des verehrten Jubilars, die ihm ganz besonders zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Er zog sich nicht zurück ins Privatleben, sondern stellte sich nunmehr an die Spitze einer Gruppe gleichgesinnter sozial denkender Männer, um mit ihnen gemeinsam die sozialen Ideen aus dem Volke heraus zur Geltung zu bringen. 1896 gründete er mit angesehenen Männern der verschiedensten Parteien und Berufe, wie Hitze, Brandts, Schmoller, Koeside, Werton, Geibel, von Kottenburg, Francke u. a. die Zeitschrift „Soziale Reform“, als Organ der bürgerlichen Sozialreform. Kurze Zeit nachher erfolgte die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform, und nach dem verunglückten internationalen Arbeiterschutzkongress in Zürich im Jahre 1897 legte er den Grundstein zu der heutigen Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Gründung 1900 in Paris vollzogen wurde.

In diesen Gruppen wurde Freiherr von Berlepsch nunmehr der Träger der sozialpolitischen Reformidee. Seine Persönlichkeit steht von nun an im Mittelpunkt aller sozialpolitischen Arbeiten, sowohl auf nationalem wie internationalem Gebiete. Nicht bloß im Rahmen unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus genießt er die größte Hochachtung und das herzlichste Vertrauen. Sein Wort galt in allen schwierigen Situationen als entscheidend. Mit bewundernswürdiger Frische, Herzlichkeit und

Fähigkeit hat er sich diesen Arbeiten gewidmet und hat die Genugtuung erlebt, daß nicht nur seine Ideen in unserem engeren Vaterlande praktische Gestaltung in der Gesetzgebung annahmen, sondern zwei internationale Arbeiterschutzverträge, dem voraussichtlich noch in diesem Jahre ein dritter folgen wird, waren ebenfalls der Erfolg seiner Arbeit. Ganz besonders aber hat Freiherr von Berlepsch die weitgehendsten und herzlichsten Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich errungen. Es war ihm nicht zu gering, trotz seines hohen Alters und seiner angesehenen Lebensstellung in den Versammlungen der christlichen Arbeiter zu sprechen. Zu Tausenden haben unsere Freunde ihm gelauscht und seinen trefflichen Ideen stürmischen Beifall gezollt. Er selbst ist ein warmer Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat sich mehr als einmal in der anerkanntesten Weise über unsere Bewegung ausgesprochen. Auf unserem letzten Kongress in Dresden hatte er in hochherziger Weise das Reich über das tarifliche Einigungswesen übernommen. Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, um möglichst die Arbeitskämpfe auf friedlichem Wege zu erledigen, ist eine seiner Lieblingsideen, die er gegenwärtig mit besonderer Energie vertritt. Die christliche Arbeiterschaft kämpft mit ihm für dieses Ziel.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in Herrn Freiherrn von Berlepsch eine Persönlichkeit bewundern, die ihren schönsten Lohn findet in hoher Pflichterfüllung und selbstloser Arbeit im Dienste der Arbeiter und Angestellten mit dem Ziele, das harte Los des arbeitenden Volkes zu lindern und ihm den Weg zu ebnen zu einem kraftvollen Aufstieg in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Es ist deshalb nicht bloß ein Gebot dankbarer Pflicht, sondern ein Herzensbedürfnis für uns alle, wenn wir dem Freund und Führer der bürgerlichen Sozialreform, dem Meister des internationalen Arbeiterschutzes zu seinem Ehrentage, am 30. März, unsere herzlichste und innigste Dankbarkeit zu erkennen geben. Erst die spätere Geschichte wird ihm den gebührenden Ehrenplatz in der Sozialpolitik unserer Zeit anweisen. Wir aber halten es für unsere Ehrenpflicht, unserer Dankbarkeit nicht bloß in Worten Ausdruck zu verleihen, sondern auch mitzuhelfen, die von ihm geschaffenen Werke, ganz besonders die Gesellschaft für Soziale Reform, auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die christliche Arbeiterschaft wird ihren Opferinn dadurch beweisen, daß sie sich in umfangreicher Weise daran beteiligt, das Werk Freiherrn von Berlepsch' sicherzustellen. Wir bitten unsere Freunde, die Vorstände unserer Zentralverbände, unsere Beamten, Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner, wenn demnächst der Ruf an sie ergeht, sich an einem Werke zu Ehren Freiherrn von Berlepsch' zu beteiligen, sich dem mit allem Nachdruck und mit der bekanntesten Opferwilligkeit zu unterziehen, die unsere christliche Arbeiterschaft von jeher ausgezeichnet hat. Der Wunsch, den Freiherr von Berlepsch für seine Tätigkeit sich selbst gewählt hat, Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe, soll auch unser Wunsch sein, und an uns soll es liegen, unter diesem Wunsch die großen Kulturaufgaben der Sozialen Reform immer weiter zur Geltung und Durchführung zu bringen.

Die Tarifierneuerung im Malergewerbe.

Diese Angelegenheit dürfte auch unsere Kollegen interessieren; es ist ein Teil mit unserer Tarifbewegung in einem gewissen Zusammenhange steht, zumal in die

Arbeitgeber unseres und des Malergewerbes eng kooperiert sind. Hat doch das Reichsstatut der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe seinen Sitz in Berlin und einen Berliner Malermeister — Herrn E. Kruse — als 2. Vorsitzenden, während sein 1. Vorsitzender in Leipzig wohnt, also weit vom Schauplatz, bzw. von der wirklichen Leitung des Reichsstatuts ist. — Zum andern aber können unsere Gewerkschaftskollegen vom christlichen Malerverband von uns erwarten, daß wir unsere Mitglieder an dieser Stelle von ihrer Bewegung ebenso unterrichten, wie sie das hinsichtlich unserer Lohnbewegung in ihrem Verbandsorgan tun und schon 1910 getan haben.

Bei den Malern ist bekanntlich die Entwicklung der Tarifverträge vom Orts- über den Bezirks- zum Reichstarifvertrag sehr schnell erfolgt. Noch 1907 mußten sie um örtliche Tarife kämpfen und schon 1909 hatten sie einen runden, netten Reichstarif. Mit dem „netten“ hat es allerdings einige Haken, denn zur Erneuerung des am 15. Februar d. J. ablaufenden Vertrages haben sämtliche Beteiligten, natürlich auch der christliche Malerverband, eine erteilte Zahl Wänderungsanträge gestellt. Bemerkenswert ist, daß diejenigen des sozialdemokratischen Malerverbandes auf eine Teilung des Tarifes in einen Hauptvertrag und ein örtliches Vertragsmuster hinauslaufen. Der christliche Malerverband vertritt hierzu den Standpunkt, daß dies ein Rückschritt wäre, und hat das auch erklärt bei den am 8. Januar d. J. begonnenen Verhandlungen.

Diesem fanden im Berliner Gewerbegericht unter dem Vorsitz der Herren Dr. Bremer-Rüchgen, Bürgermeister Raab-Essen und v. Schulz-Berlin statt. Die Zulassung neuer Tarifverträge wurde, wie bei uns, abgelehnt. Unter andern hatte auch der Herr Joh. Göb von den „Berliner Fachabteilungen“ einen Brief geschrieben, worin er ankündigte, 1200 bei den „Berlinern“ organisierte Maler vertreten zu wollen. (!!) Herr Göb schied auf einige Rollen mehr oder weniger nicht ankommen. Leider helfen ihm seine Kunststücke bei den Malern noch weniger als anderwärts, denn diese haben in ihrem Tarif die Verpflichtung, zu streiken, z. B. zwecks Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. — In einem abschließenden Ergebnis führte die viertägige Verhandlung nicht. Nur zögernd erklärten sich die Arbeitgeber bereit, ihren Mitgliedern die Gewährung von Lohnerhöhungen zu empfehlen. Dieses recht geringe Entgegenkommen ermöglichte aber doch die Fortführung der Verhandlungen, die am 11. Januar jedoch bis zum 23. Januar vertagt wurden. Wir werden an dieser Stelle fortlaufend berichten und so unsere Kollegen Gelegenheit geben, die Zusammenhänge der diesjährigen großen Bewegungen des engeren und weiteren Baugewerbes zu verfolgen.

Krankenkassenverbände und Leipziger Herzerverband.

Erklärung.

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Stände in sich vereinigen und in der Ärgstlage in allen Punkten völlig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Ärzte vorläufig gescheitert sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Öffentlichkeit folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 13. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückhaltung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Ueberzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine unangenehme Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Herzerverband trotz wiederholter Botschaften der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Herzzeitung seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Richtung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen- und Ärzteseit für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeizuführende Frieden in Deutschland an einem einzigen Ort zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien hat mit vollkommenster Freiheit verfahren, weil sie sich durch Rücksicht auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Ärzteverband steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber, er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angeammelt, er hat örtliche Ärztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrheit ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgezeichnete Geldleistung zu geben.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
Hauptverband deutscher Bezirkskrankenkassen, Essen.
Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Cöln.
Allgemeiner deutscher Knappschäftsverband, Berlin.
Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.
Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Allgemeines.

Eine sozialdemokratische Frechheit. Das Gebaren der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbändler gegen christlich organisierte Mitarbeiter treibt immer widerlichere Stützen. Bei der Firma Pongel in Hilben bei Düsseldorf verlangten die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Entlassung von zwei christlich organisierten Arbeitern und traten, als die Firma dieser terroristischen Forderung nicht nachkam, in den Streik. Dieser Tatbestand mußte selbst von dem sozialdemokratischen Beamten Bergel-Düsseldorf zugegeben werden. Die hier in Rede stehende nichtswürdige Terrorstimmung gegen andersgestimmte Arbeiter hat sich nicht etwa hinter dem Rücken der verantwortlichen Organisationsleiter zgetragen, sondern diese Instanzen billigen und führen diesen Gewaltstreik noch, indem sie die Firma in ihren Organen als gepervert erklären.

Von den christlichen Arbeitern wird ein vernünftiger Mensch selbstverständlich nicht verlangen können, daß sie sich von den Genossen widerstandslos von den Arbeitsstellen verdrängen lassen. Sie taten deshalb das in diesem Falle einzig mögliche und schickten die zurzeit verfügbaren arbeitslosen Verbandskollegen in den Betrieb hinein. Sie schuldeten das in diesem Falle ihrer Selbstachtung. — Die Genossen aber erlaubten sich jetzt die Frechheit, im „Vorwärts“ vom 10. Januar und in anderen roten Blättern dem christlichen Metallarbeiterverband „Arbeitswilligenvermittlung nach einem bescheidenen Betrieb“ vorzuwerfen. — Diese Schandtatgesellschaft!

Das eine sollen sich die sozialdemokratischen Terroristen gesagt sein lassen: Der christliche Metallarbeiterverband wird mit aller Entschiedenheit gegen die Verdrängung seiner Mitglieder von den Arbeitsstellen ankämpfen. Sollten dabei einige rote Terroristen unter die Räder kommen, so haben sie sich das selbst zuzuschreiben.

Durch das entschiedene Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes haben die Terroristen in Hilben mittlerweile schon kein begeben müssen. Ihr Putz zur Drohschmähung der christlich organisierten Mitarbeiter ist ebenfalls im Sande verlaufen. Recht so! — Die noch nicht organisierten christlich-national gestimmten Metallarbeiter aber, die nicht über kurz oder lang in die Gefahr kommen wollen, nach der Pfeife sozialdemokratischer Terroristen tanzen zu müssen, sollten möglichst bald aus dem vorstehenden die Konsequenzen ziehen und sich im eigenen Interesse der für sie einzig in Betracht kommenden christlichen Organisation anschließen. Je geschlossener die christlich-national gestimmte Arbeiterschaft besteht, je nachhaltiger wird sie den Sozialdemokraten die Lust an terroristischen Gewalttätigkeiten verjagen können.

Katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. Wir lesen in der „Sächsischen Volkszeitung“ die Disziplinierung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Rottenburg (Württemberg) hat kürzlich ein gewisses Aussehen an die katholischen Geistlichen des Landes gerichtet, und zwar, wie das Landesschreiben selbst betont, auf Wunsch des Bischofs Dr. von Leppler. Den Mittelpunkt des Schreibens bildet ein Erlaß des Bischofs von Leppler, in dem dieser Stellung nimmt. Dies geschieht in folgender Weise: Dem Ausschreiben der zu Gaißa berufenen deutschen Bischöfe, das auch der unterfertigte Bischof unterzeichnet, haben wir bezüglich unserer Diözese nur

wenig beizufügen. Selbstverständlich braucht es bei uns eingelebten und so segensreich wirkenden Arbeiterorganisation (katholische Arbeiter- und Arbeitervereine — zur Wahrung ihrer materiellen Interessen angegliedert an die christlichen Gewerkschaften) um so weniger etwas geändert werden, als wir schon bisher nach jenen Grundsätzen richteten, die nun der heilige Vater in klarer bestimmter Weise verbindlich erklärt hat. Wir werden nur mit neuem freudigen Eifer uns unserer Arbeiterschaft annehmen, und namentlich nicht ruhen, bis auch der letzte kleine Rest der bisher keinem katholischen Arbeiterverein zugehörigen katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, soweit immer möglich, auf einem katholischen Standesverein sich angeschlossen haben. An den bedauerlichen Streitereien, zu welchen leider auch diese Rundgebung des heiligen Vaters so gegen seinen Willen Anlaß gab, werden wir uns, seinem Befehl gehorchend, nicht beteiligen.

Die Disziplinierung nimmt die Gelegenheit wahr, die katholischen Geistlichen zu eruchen, ihr jeweilig sofort mitzuteilen, ob von irgendeiner Seite Versuch gemacht werden, andere Organisationen im Lande einzuführen. Sie stellt ferner fest, daß nach allen Erfahrungen nur übrig bleibe, an der „bei uns bewährten christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaftsorganisation festzuhalten; durch die Engherzigkeit sei einmündig festgestellt, daß es einem Katholiken erlaubt ist, derselben anzugehören, und daß eine Verfeinerung eines Katholiken wegen dessen Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaftsbewegung ein für allemal aufzuhören habe. Und der Bischof, der zuständige Interpret des päpstlichen Willens für unsere Diözese, wolle für unser Land neben den christlichen Gewerkschaften keine neue Berufsorganisation gegründet sehen“.

„Die Wacht“, das Organ der im vergangenen Jahre ins Leben gerufenen „liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung“, das von dem bekannten Kirch-Dunderschen Führer Anton Erlesenz redigiert wird, schreibt zum Abschluß der Saarbewegung:

„Was die schließliche Verhütung des Streiks betrifft, so kann man, vom Bodengewerkschaftlichen Grundsätze aus, hier kaum kritisieren. Wenn die sozialdemokratische Presse so laut von Verrat schreit, so vergißt sie zu erwähnen, daß ähnliche Dinge in ihrem eigenen Lager täglich passieren. Der Streik war bei 15 000 organisierten Streikgegnern von vornherein verloren. In ähnlichen Fällen werden trotzdem oft Bewegungen eingeleitet, um das bestmögliche herauszuholen. Und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben alle in solchen Zeiten im letzten Augenblick gebremst, daß die Funken stoben. Wobei es ihnen dann freilich oft schlecht ergangen ist. Herr Cohen aus Berlin, oder Massatsch oder Borhöfzer und andere, an die man Kundige kaum zu erinnern braucht, sind in solchen Momenten öfter durch die Hintertüren aus dem Saale geflüchtet. Das haben die Giesberts und Genossen ja hier nicht nötig gehabt. Daß die Führer im Ruhrstreik im vorigen Frühjahr in einer ähnlichen verfahrenen Lage nicht denselben Mut zum Bremsen fanden, ist der einzige Vorwurf, den man vielleicht machen könnte. Es gehört zur gewerkschaftlichen Schulung, daß die Massen in solch kritischen Augenblicken dem Führer nicht aus der Hand gehen. Und das ist den Christen gelungen, nebenbei gesagt, zum allererstenmal im deutschen Steinkohlenbergbau. Auch daß es ihnen gelang, die Massen in Ruhe und Ordnung kühnigen zu lassen, sie bis zum entscheidenden Tage in Betrieb zu halten, ist etwas Neues im Steinkohlenbergbau. Jeder, der wünscht, daß die Bergarbeiter bald in die Lage kommen, mit ihren Grubenherren ein deutliches Wort zu reden, muß sich über die im Saarrevier zum Ausdruck gekommenen Fortschritte in der gewerkschaftlichen Schulung freuen.“

Na also! bemerkt dazu der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewerbevereins. Trotzdem ziehen Kirch-Dundersche Gewerkschaftsagitatoren durch das Saarrevier, um „Unzufriedene“ und Unerzogene für ihren Verband zu fischen. Und ihre Blätter schimpfen mit den Genossen und Berlinern über den christlichen Gewerbeverein und Haltung. Diese Freunde des Herrn Erlesenz sind von Blut entbrannt über die erfreulichen Fortschritte in der gewerkschaftlichen Erziehung des Saarbergmannes.

Eine unwahre Behauptung der „Frankfurter Zeitung“ zur Bewegung im Saarrevier. Die „Frankfurter Ztg.“ schreibt in ihrer Nr. 5 (erstes Morgenblatt) vom 5. Januar 1913 unter anderem:

„Die Christlichen dürfen im Saarrevier keinen Streik führen. Schon vor Jahren haben sie dem jetzigen Staatssekretär des Innern, Herrn Dr. Delbrück, als er noch Handelsminister war, das Verbot gegeben, auf das Streikrecht im Saarrevier zu verzichten, falls man der Entwicklung des Gewerbevereins keine Ständemasse in den Weg lege.“

Um die Unwahrheit dieser Behauptung gerichtlich nachzuweisen und die Wiederholung dieser unwarren Behauptung zu verhindern, wird der Vorstand des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands eine Feststellungsfrage gegen die „Frankf. Ztg.“ einreichen lassen.

Verbreitungen und unbegründete Vorwürfe. Während der letzten Bewegung im Saarbergbau sind von den verschiedensten Seiten die christlichen Gewerkschaftsführer im Saargebiet als radikale Hezer verdächtigt worden. So wurde insbesondere dem Abgeordneten Junius nachgesagt, er habe in einer Versammlung das aufreizende Wort gitiert: „Das Volk steht auf; der

Sturm bricht los und von der Abschüttelung einer Fremdherrschaft gesprochen. In Wirklichkeit führte der Genannte aus:

„Im „Vergamannsfreund“ findet sich eine Erzählung unter der Überschrift „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“. Diese schildert die große Zeit vor hundert Jahren, die zu den Befreiungskriegen führte. Die damalige Zeit ist ja nicht mit der jetzigen Situation im Saarrevier zu vergleichen. Aber damals hat das preussische Volk zwei schöne Eigenschaften gezeigt, die auch heute notwendig sind, wenn wir Erfolg haben wollen. Das ganze Volk, alle Stände, arm und reich, war sich damals einig in dem Willen, die Fremdherrschaft abzuschütteln. Eine solche Einigkeit, ein solch treues Zusammenhalten möchte ich auch den Saarbergleuten wünschen. Die zweite Eigenschaft war ein unerschütterliches Vertrauen zu den damals führenden Personen. Es ist zweifellos, daß dieses wesentlich mit zu den gewaltigen Erfolgen der Freiheitskriege beigetragen hat. Auch in der Gewerkschaftsbewegung verdrängt die Arbeiterschaft diesen Eigenschaften zum großen Teil ihre Erfolge.“

Wenn von diesen Ausführungen nur die eingangs zitierten Worte aus dem Zusammenhang gerissen und mit den passenden Randbemerkungen zur Verdächtigung der christlichen Gewerkschaft benutzt werden, so kann man das als ehrlich nicht bezeichnen. Daß bei diesen Verdrehungen die Presse der Scharmacher, der Sozialdemokratie und der Berliner Richtung an einem Seil zieht, ist zur Beurteilung der Sachlage sehr bezeichnend.

Die Harmonie zwischen Buchdruckerverband und Sozialdemokratie. Bei dem Baseler Verhältnis der „freien“ Gewerkschaften zur politischen Sozialdemokratie hat der Buchdruckerverband insoweit früher eine gewisse Sonderstellung eingenommen, als dessen Organ, der „Korrespondent“, unter dem früheren Redakteur Krehäuser hier und da gegen den roten Stachel löste, was dann häufig zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führte. Dieses Aus-der-Reihe-Gehen kostete Krehäuser seine Stellung, er wurde hinausgestoßen und durch Zielbewußte, folgsame Sozialdemokraten ersetzt. Seit der Zeit marschiert auch das Buchdruckerorgan ohne Seitenprünge willig in der roten Schlachtlinie. Das wird ihm anlässlich seines fünfzigjährigen Bestehens von der sozialdemokratischen Parteipresse anerkennend attestiert. So nennt es die „Rheinische Zeitung“ (Nr. 2, 1913) in Köln „die beste Lösung der unergieblichen Verhältnisse, daß Krehäuser vor einigen Jahren sein Amt aufgab“.

Die Redakteure Krahl, Schäffer und Helmholz, die die Buchdruckerorganisation seitdem an das Verbandsgewand herangeführt haben, haben es verstanden, mit der Gesamtarbeiterschaft (d. h. der Sozialdemokratie, D. K.) gute Kameradschaft zu halten, so daß sich heute kein Mißton in die Glückwünsche mischt, die jetzt aus allen Ecken Deutschlands und von allen Organisationen die Redaktionsstube der Schwarzfünfler in Leipzig erreicht haben.

Buchdruckerverband und Sozialdemokratie sind jetzt ein Herz und eine Seele. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung“, die erbitterteste Gegnerin Krehäusers, schon am 27. Februar 1912 konstatiert. Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Leipziger Buchdruckervereins schrieb sie, das Verhältnis zwischen Buchdruckerverband und Sozialdemokratie hätte schon früher besser sein können,

„wenn die Leitung des „Korrespondenten“ etwas mehr Verständnis für das Wesen des Sozialismus und die Notwendigkeit der politischen Organisation der Arbeiter im sozialdemokratischen Sinne bewiesen hätte. Seit dem Rücktritt Krehäusers ist es endlich auch in dieser Beziehung besser geworden und damit bewiesen, daß es nicht an der Sozialdemokratie, sondern an der Leitung des Organs der Buchdrucker gelegen hatte, wenn die Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen der Buchdruckerorganisation und der Sozialdemokratie nicht abgeblieben wären.“

Heute ist der Buchdruckerverband, wie alle „freien“ Gewerkschaften, nur eine Agitationsfiliale, eine Unterabteilung der politischen Sozialdemokratie. Die nichtsozialdemokratischen Gehilfen mögen die naheliegenden Konsequenzen daraus ziehen.

Ein Gebetsbuchfabrikant gegen das Koalitionsrecht! Es gibt leider noch immer Arbeitgeber, die den unhaltbaren Standpunkt vertreten, daß sie mit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht verhandeln könnten, wenn es sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Wenn man noch dazu erfahren muß, daß ein Gebetsbuchfabrikant es ablehnt, die christliche Organisation als berufene Vertreterin der Arbeiter anzuerkennen, dann ist das doppelt bedauerlich. Herr Gebetsbuchfabrikant J. Thum in Revelar vertritt diesen unhaltbaren Standpunkt. Arbeiter seines Betriebes, die sich dem Graphischen Zentralverband angeschlossen, unterzog er einem peinlichen Verhör und künftige ihnen bald darauf unter allerlei haltlosen Vorwänden. Mit der Organisation will er niemals über Lohnfragen verhandeln. Die Löhne sind in Revelar bedeutend niedriger, als an anderen Orten. Lohnforderungen sind bisher seitens der Organisation nicht gestellt worden. Da Herr Thum eventuellen Arbeitswilligen 10 Prozent mehr Lohn bietet, als seinen bisherigen Arbeitern, gibt er selbst zu, daß die Löhne bisher in Revelar zu niedrig waren. Die dortigen Arbeiter haben also guten Grund, sich zu organisieren. Herr Thum meint, nur in der Großstadt sei die christliche Organisation angebracht, damit die Sozialdemokratie durch sie bekämpft werde. Diese Auffassung ist recht sonderbar. Herr Thum würde besser tun, wenn er die leinigen Gewerkschaftsorganisationen anerkennt, die von

der christlichen Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit als die für christliche Arbeiter geeignete eingeschätzt wird. Einem Fabrikanten von Gebetsbüchern sieht es schlecht an, christliche Arbeiter bewegen in den Streik zu zwingen, weil sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. 36 Arbeiter seines Betriebes, die mit der Entlassung ihrer ebenfalls christlich organisierten vier Gesinnungsgenossen nicht einverstanden sind, traten am 16. Januar in den Streik, nachdem alle denkbaren Versuche zu einer friedlichen Verständigung nicht führen konnten. Sie müssen sich das Koalitionsrecht noch erkämpfen. Das ist traurig aber wahr. Wir wünschen den christlich organisierten Kämpfern einen vollen Erfolg.

Der Bauschwindel hat sich nachgerade zu einer Gefahr für das gesamte Baugewerbe ausgewachsen. Aus den Reihen der Baugewerbetreibenden, besonders des soliden Teiles derselben, ist der Ruf nach der Regierung um Abhilfe immer dringlicher geworden. Das gab dem zuständigen Minister Veranlassung, von den Regierungen Erhebungen über den Bauschwindel ausstellen zu lassen. Diese Erhebungen sollen, wie in der Presse gemeldet wird, bereits am 1. Oktober bei dem Ministerium eingegangen sein. Die Ermittlungen hatten festzustellen, inwieweit Bauunternehmern und Bauleitern der Betrieb ihres Gewerbes unterzogen wurde, da ihre Unzuverlässigkeit als Gewerbetreibende durch Tatsachen erwiesen werden konnte. Einem solchen Verbot des Gewerbetreibenden mußte nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde die Anhörung von Sachverständigen vorangehen, die zur Abgabe von Gutachten dieser Art im voraus von der höheren Verwaltungsbehörde ernannt wurden. Es hat sich bei diesen Ermittlungen herausgestellt, daß Verbote des Gewerbetreibenden in weiterem Umfang als bisher ergangen sind. Abgesehen von diesen Feststellungen, wird im Statistischen Landesamt eine Denkschrift vorbereitet, die voraussichtlich zum 1. April 1913 fertiggestellt sein wird, zu welchem Zweck drei weitere höhere Beamte als Hilfskräfte eingestellt worden sind. Die Denkschrift wird das gesamte eingegangene Material enthalten, das die Verluste feststellt, die Handwerker durch unzuverlässige Bauunternehmer bei Konkursen durch Ausfälle bei Lieferungen und Bauten während der Jahre 1909 bis 1911 einschließend erlitten haben. Wesentlich dürfte sein, daß die Denkschrift voraussichtlich auch schätzungsweise Angaben für das Jahr 1912 enthalten wird, dem auf dem hier in Frage kommenden Gebiete eine besondere Bedeutung innewohnt. Das Material wird unter dem Gesichtspunkte bearbeitet, ob eine Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen sich als notwendig erweist.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Kirch und Hoffmann wegen Nichtannahme des Tarifs), **Eöln** (für Plattenleger die Zwiischenmeister Gesellen), **Geisenkirchen** (Fliesenleger) (Sperrung über die Firma Hünnebed & Co.), **Dittsburg**, **Eifel** (Sperrung über die Firmen Garfon jr. und sen. wegen Maßregelung), **Ibbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Wüßmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages), **Quisburg - Oberhausen** (Streik der Polierer bei den Firmen Dertgen und Schulte und bei der deutschen Abbestellgesellschaft), **Düsseldorf** (Ueber die Firma Häuser ist für Zimmerer die Sperrung verhängt), **Berlin** (Streik der Fliesenleger). Zugang ist fernzuzahlen.

Schiedsrichterliche Entscheidungen

Niederchrift
der Einigungsamtsitzung für das Baugewerbe.
Essen, den 23. Dezember 1912.

Antwessend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Erbe, Essen, Herr Bürgermeister von Bedesbüdt, Gelsenkirchen, als Mitglieder des Einigungsamts:

- a) Arbeitgeber die Herren: H. Walter, Köhlinghausen, Th. Deming, Bövinghausen, J. Rieborf, Essen;
- b) als Auskunftspersonen die Herren: Hüsten, Habinghorst, für die Firma Dreier, J. Schwich, Görde, für die Firma Freundlieb;
- c) Arbeitnehmer die Herren: Friedrich Werner, Paderborn, Hermann Otto, Dortmund, Fritz Raßl, Dortmund, Viktor Janßen, Düsseldorf;
- d) als Auskunftspersonen die Herren: Anton Stödel, Reddinghausen, L. Müller, Münster, G. Knuth, Eöln;
- e) als Protokollführer: Oberstadtssekretär Witz, Essen. Entschuldigt fehlten die Herren: Klost, Kosh und Häuschen.

In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. **Geschäftliche Mitteilungen.**
Vorsitzender teilt mit, daß die seinerzeit schwebenden Streitigkeiten im Baugewerbe zu Hamburg zu einer friedlichen Verständigung geführt haben, und verliest ein von der Baugewerksvereinigung von Hamburg und Umgebung eingehangenes Schreiben, wonach seitens der Arbeitgeber die bestimmte Erklärung abgegeben worden ist, fernerhin die vertraglichen Bestimmungen strikte einzuhalten.

2. **Antrag des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsrats der Gewerkschaften:**
a) der Zimmerer Stödel und Hesping gegen die Firma Karl Müller, Rheine, wegen kündigungsloser Entlassung.

Vorsitzender verliest die zu dieser Sache von den Parteien eingehangenen Schreiben, worauf seitens des Klägers folgendes ausgeführt wurde:

Am Montag, den 16. September, sei Hesping verhindert gewesen, vormittags zur Arbeit zu erscheinen. Aufgefordert habe sein Mitarbeiter Stödel die Arbeit nicht allein verrichten können und habe ebenfalls die Arbeit verlassen. Am Mittwoch seien beide dann wieder zur Arbeit erschienen, konnten aber nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen, weil ihnen, wie schon am Sonnabend, die Leiter fortgenommen worden war. Nach ihrer Ansicht wäre es Pflicht des Unternehmers gewesen, dafür zu sorgen, daß das nötige Leitermaterial zu den Ausbesserungsarbeiten vorhanden war. Sie fordern die Einhaltung der vertraglich vorgeesehenen dreitägigen Kündigungsfrist, da sie wegen Fehlens der Leiter ihre Arbeit nicht ausführen können.

Vorsitzender stellt aus den Verhandlungen fest, daß für den Bau nicht genügend Leitermaterial vorhanden gewesen ist und daß der Polier sich weniger um die von den Klägern ausgeführten Akkordarbeiten als um die Tagelohnarbeiten gekümmert hat. Es sei Pflicht des Arbeitgebers gewesen, auch den Akkordarbeitern das erforderliche Leitermaterial zu stellen. Er schlägt dem Einigungsamt vor, zu beschließen, an der für Rheine einzuhaltenden Kündigungsfrist festzuhalten und die Firma Karl Müller, Rheine, zu verpflichten, die den Zimmerern Stödel und Hesping zustehende Entschädigung zu zahlen.

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden werden Einwendungen nicht erhoben. Bei der darauf erfolgten Abstimmung beschließt Einigungsamt demgemäß:

b) des Maurers Richter gegen die Firma Gilling, Rheine, wegen Weigerung des Zuschlages für Wasserarbeit.

Nachdem Vorsitzender den Sachverhalt vorgelesen, wird von Herrn Müller ausgeführt, daß die Firma Gilling, Rheine, an dem fraglichen Bau mit Grundwasser zu kämpfen gehabt hätte und zur Beseitigung des Wassers eine Pumpe benutzt habe. Die Forderung des Maurers Richter auf Zuschlag für diese Arbeiten sei nach seiner Ansicht gerechtfertigt. Vorsitzender bezweifelt nach dem Gange der Verhandlungen nicht, daß der Maurer Richter bei der Ausführung dieser Arbeiten in Holzpanzern nasse Füße bekommen haben mag, damit sei aber die Arbeit an sich nicht als eine Wasserarbeit anzuerkennen. Die Forderung eines Zuschlages für diese Arbeit sei nicht gerechtfertigt. Er macht daher dem Einigungsamt den Vorschlag, die Klage abzuweisen.

Bei der nunmehr erfolgten Abstimmung beschließt Einigungsamt, die Forderung des Maurers Richter gegen die Firma Gilling, Rheine, abzulehnen.

3. **Beschwerde der Maurer Meher und Schlgans gegen die Firma Freundlieb, Görde, wegen Einhaltung des Lohnes infolge Arbeitsniederlegung.** (Schlichtungskommissionssitzung Görde vom 8. November 1912.)

Vorsitzender verliest das in dieser Angelegenheit aufgenommene Protokoll der Schlichtungskommission vom 8. November 1912, woraus hervorgeht, daß den Klägern von der Firma Freundlieb je 18 M wegen Kontaktbruchs vom Lohne abgehalten worden sind.

Herr Raßl führt hierzu folgendes aus:

Die beiden genannten Maurer wurden auf der im Stuchtei etwa 4 Kilometer von Görde entfernt liegenden Arbeitsstelle zu Ausbesserungsarbeiten verwendet, da Maurerarbeit nicht vorhanden war. Da nach der Ansicht des Poliers die Leute nicht genug leisteten, hat er ihnen Vorhaltungen gemacht und gesagt: „Wenn euch die Arbeit nicht paßt, dann haut doch in den Sack.“ (Ein landläufiger Ausdruck dafür, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird.) Die Arbeitnehmer seien der Ansicht gewesen, daß sie ohne Einhaltung der tarifmäßigen Kündigungszeit das Arbeitsverhältnis hätten lösen können. Aus dem ganzen Benehmen des Poliers sei ihre Ansicht auch später bestätigt worden. Auch sei im Baugewerbe üblich, unter dem Ausdruck „haut in den Sack“ eine sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses zu verstehen. Nach seiner Ansicht seien die Leute berechtigt gewesen, sofort auszuweichen.

Seitens der Vertreter der Arbeitnehmer wird allgemein diese Ansicht geteilt. Seitens der Arbeitgeber wird hierzu bemerkt, daß zwar der Ausdruck „haut in den Sack“ landläufig sei, aber einer sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht gleichbedeutend sei. Die für Görde vereinbarte Kündigungszeit sei unter allen Umständen einzuhalten. Die Lohnkürzung seitens der Firma Freundlieb sei berechtigt.

Vorsitzender weist darauf hin, daß der Ausdruck: „haut in den Sack“ zwar landläufig geworden sein mag, aber auf die im Baugewerbe zwischen den einzelnen Organisationen abgeschlossenen Verträge keine Einwirkung haben könne und dürfe. Nach dem abgeschlossenen Vertrage ist eine sechstägige Kündigung vorgeesehen, es dürfte daher nicht sofort aufgehört werden. Die von der Firma Freundlieb geforderte Einhaltung des Vertrages sei berechtigt, er schlägt dem Einigungsamt vor, die Beschwerde abzuweisen. Einigungsamt beschließt, die Beschwerde zurückzuweisen mit der Begründung, daß die für Görde bestehende Kündigungszeit einzuhalten war.

4. **Beschwerde gegen die Firma Adolf Dreier, Habinghorst, wegen Weigerung der Vergütung für Karbolinumarbeiten.** (§4 des Vertrages. Schlichtungskommissionssitzung Habinghorst vom 25. Oktober 1912.)

Vorsitzender verliest das Protokoll der Schlichtungskommissionssitzung vom 25. Oktober 1912 in Habinghorst, woraus hervorgeht, daß eine Einigung über die Vergütung für vorgenommene Karbolinumarbeiten bei der Firma Dreier in Habinghorst nicht zustande gekommen ist.

Herr Janßen erläutert den Sachverhalt auf der Arbeitsstelle und bittet, den Arbeitern den tariflichen Zuschlag nach § 4 des Vertrages zu zahlen.

Herr Hüsten als Vertreter der Firma Dreier gibt an, daß die zur Verarbeitung genommenen Holz vorber mit Karbolinum gestrichen, aber infolge der nassen Witterung wieder feucht geworden sind. Es sei daher verständlich, daß sich die Arbeiter hierbei ihre Kleider

beschleunigt haben. Ferner wird bestätigt, daß die Kar-

Vorsitzender hält den Sachverhalt für geklärt und empfiehlt zu beschließen, daß für diese fraglichen Arbeiten der Zuschlag gemäß § 4 des Vertrages zu zahlen ist. Einigungsamt beschließt demgemäß.

Außerhalb der Tagesordnung. Herr Kohl teilt mit, daß die Firma Hunte in Verwohl der ergangenen Entscheidung des Einigungsamts vom 14. Oktober 1912 bis heute nicht nachgekommen ist. Er bittet das Einigungsamt sowie den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, energisch auf die Firma Hunte einzuwirken.

Vorsitzender sowie der Vertreter des Arbeitgeberbundes wollen das Weitere in dieser Sache veranlassen. Dr. Erba. Birch.

Jahresbericht des Bezirks Paderborn.

Das Jahr 1912 ist vorbei und es ist daher Zeit, Bedingungen anzustellen, in welcher Weise sich die Hoffnungen erfüllt haben, welche wir zu Anfang des Jahres ausgesprochen haben. Das vergangene Jahr stand im Zeichen des wirtschaftlichen Friedens, weil die Arbeitsverhältnisse im ganzen Bezirk mit wenigen Ausnahmen durch die große Bewegung von 1910 tariflich geregelt sind. Gute Konjunktur, diese Hauptbedingung zur Verbesserung der Lebenslage, ist leider nicht eingetreten. Die Arbeitslosigkeit war gut in Detmold, Bielefeld, Geseke und Dornold. Mittelmäßige Bautätigkeit war zu verzeichnen in Bielefeld, Paderborn, Gütersloh, Marsberg und Brilon (Stadt). Sehr schlecht war die Bautätigkeit in den übrigen Teilen des Bezirks, besonders in den Kreisen Warburg, Höxter, Brilon (Land), Sipplstadt, und Wiedenbrunn. Somit ist festzustellen, daß innerhalb des Bezirks Paderborn eine durchweg schlechte Konjunktur herrschte. Das Baubedarf auf dem Lande ist allgemein vermindert und die große Anzahl der Bauarbeiter drängt nach den nächsten Städten und dem Industriegebiet. Hierdurch kommt es diesen Plätzen wiederum eine große Zahl Arbeitnehmer zusammen, so daß ein übermäßiges Angebot von Bauarbeitern aller Branchen naturgemäß zur Verminderung der Arbeitsgelegenheit führen muß. Ein anderer Punkt hier aber nicht außer acht gelassen werden, nämlich das planmäßige Einjährigen der Arbeit durch die Arbeitgeber resp. deren Bundesleitung. Die Forderung der Streiklausel in die Bauverträge wird nicht so glatt von den Bauherren anerkannt und man verzögert zum Teil deshalb auf die Erfüllung von Bauarbeiten. Besonders konnte dieses im letzten Semester 1912 beobachtet werden. Hierdurch soll die Arbeitsgelegenheit auch noch künstlich eingeschränkt werden, um bei Ablauf der Verträge freie Hand zu haben. Andererseits will man hierdurch einwirken auf die Bauarbeiterchaft wirken. Natürlich haben unter diesem Zustand Unternehmer als auch Arbeiter. Aber den Zweck, die Arbeiter einzuschüchtern, werden die Unternehmer nicht erreichen.

Die Höhe der Bautätigkeit 1913 im Bezirk gestaltet, läßt sich noch nicht übersehen, weil der Ablauf der Verträge am 31. März 1913 eine Kontrolle spielt. Dann läßt sich nicht sagen von der vollständigen Entwicklung ab, hochsteigen ein. In Gütersloh ist eine gute Konjunktur zu sehen, weil nunmehr mit aller Macht an der Ausführung der Landesstraßenarbeit der Provinz Beschäftigung besteht.

In der Agitation wurde geleistet, was möglich war, und ist der Erfolg auch nicht ausgefallen. Die Agitationsarbeit wurde besonders gefördert durch die Aufnahme einer Statistik in allen Zahl- und Berufszahlen. Auch hier nicht vergessen werden, daß die allgemeine Lohnbewegung am 1.-2. April 1912 die Tarifbewegungen allgemein gefördert hat. In einigen Bezirken wurde besonders tüchtig gearbeitet in der Organisation neuer Mitglieder. Die Mitgliederbewegung war folgende: 1. Quartal 1429, 2. Quartal 1619, 3. Quartal 1619, 4. Quartal 1604. Das macht im Jahresdurchschnitt 1563. Betrachtet man das letzte Quartal von 1911 mit 1411 Kollegen, so ist ein Zuwachs von 152 Kollegen zu verzeichnen. Nicht man aber dem Vergleich mit der verfallenen Eintrittsmarkte, 682 Stück im Jahre 1912, so sehen wir eine große Zunahme. Dieses ist ein großer Arbeitsschub und wegen Vorstände, Ausschüsse und Delegierten dieses besonders lobenswert, damit die gewonnene Mitglieder auch dauernd gehalten werden.

Wenn die Zahl der Mitglieder nicht größer war, so ist es auch mit auf den schon angeführten Grund der schlechten Konjunktur zurückzuführen, wodurch eine große Zahl der Bauarbeiter zur Abwanderung gezwungen wurde.

Zur besseren Agitation im Niederrheinischen und Westfälischen ist mit dem 1. August der Kreisverband als selbstständiger Verband gegründet. Derselbe hat seinen Sitz in Herford, Kreisliches Zentrum. Dieses neue Verbandsgebiet umschließt die Kreise von Gütersloh, Steinhagen, Bielefeld, Höxter, Jöllenbeck, Detmold und Lage zur Kenntnis.

Der eingeleitete Kampf wieder aufgerichtet wurde die Organisation in Geseke und Brilon. In 10 weiteren Orten wurden Versuche zur Organisierung

angestellt. In Bielefeld, Detmold, Steinhagen und Brilon.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder wurden Lohnbewegungen eingeleitet in Steinhagen, Geseke, Sipplstadt (Stadt), Sipplstadt (Land), Brilon, Geseke, Dornold, Höxter. In Steinhagen war eine Forderung eingeleitet. Es wurde ein Stundenlohn von 4 Pf. für Maurer und 3 Pf.

für Hilfsarbeiter. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam ein Vertrag zustande mit einer Zulage von 6 Pf. pro Stunde innerhalb drei Jahren. Die Arbeitszeit wurde von 10 1/2 auf 10 Stunden festgesetzt. In Geseke, zur Verwaltungsstelle Marsberg gehörig, sollte im Mai eine Forderung eingeleitet werden. Als die Unternehmer dieses merken, erhöhten sie den Lohn von 37-38 Pf. auf 40 Pf. die Stunde. Die Arbeitszeit blieb auf elf Stunden stehen. Die Kollegen gaben sich hiermit zufrieden. Bei günstiger Gelegenheit werden sie weitere Schritte unternehmen. In Sipplstadt stieg am 1. April der Lohn laut Schiedsspruch für die Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter um 2 Pf. Die Stuckateurunternehmer hatten nun für die Gehilfen den gleichen Aufstieg des Lohnes versprochen. Der Unternehmer Klöber hatte aber dieses Versprechen nicht gehalten, und auch als er von den Stuckateuren daran erinnert wurde, lehnte er jede Aufbesserung des Lohnes ab. Darauf wurde die Arbeit bei Klöber eingestellt und die Sperre verhängt. Nach 12tägigem Kampf gab Klöber den versprochenen Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde und verpflichtete sich, stets 5 Pf. pro Stunde an die Stuckateure mehr zu zahlen, als der Stundenlohn der Maurer beträgt. In Brilon war eine Forderung eingeleitet, um den Stundenlohn der Maurer zu erhöhen. Gefordert war eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde. Die Unternehmer sollten eine Antwort geben bis zum 15. März. Leider vergaßen die Unternehmer den Termin einzuhalten. Die Kollegen hatten auch noch keine Eile, denn die Arbeitsgelegenheit mußte sich erst entwickeln, und dieses ist im Sauerlande etwas später der Fall als in anderen Gebieten. Im Juni war dieser Zeitpunkt gekommen und erneut traten die Kollegen an die Unternehmer heran. Es kam zu Verhandlungen und wurde ein Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen mit einer Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde im Laufe der Zeit. In Sipplstadt standen die Bauhilfsarbeiter bisher außerhalb des Vertrages und die Unternehmer zahlten 2, 3 und 5 Pf. weniger pro Stunde. Die Schlichtungskommission Paderborn griff ein und es wurde festgestellt, daß der Tariflohn von 41 Pf. pro Stunde zu zahlen sei. Hierdurch wurden die Hilfsarbeiter in Sipplstadt in den Vertrag aufgenommen und somit den Unternehmern das Recht abgesprochen, den Lohn der Hilfsarbeiter nach Willkür festzusetzen. In Geseke bestand der Schiedsspruch von Dresden. Aber wie es so oft geht, leider nur auf dem Papier. Die Unternehmer waren aus dem Bunde ausgetreten und die Kollegen waren auch nicht organisiert. Bei diesem Zustande machten die Unternehmer die besten Geschäfte und die Löhne der Bauarbeiter wurden willkürlich gezahlt. Als die Kollegen endlich einsehen, daß sie hierdurch einen ungeheuren Schaden erlitten, griffen sie den Gedanken der Organisation wieder auf und reichten den Unternehmern eine Forderung ein auf Erfüllung des Schiedsspruches. Die Unternehmer erklärten für sich den Schiedsspruch als nicht bestehend und lehnten jede Verhandlung ab. Daraufhin wurde den Arbeitgebern eine Forderung für Geseke allein zugesandt, aber auch hier blieben sie bei ihrem ablehnenden Standpunkt. Daraufhin reichten die Kollegen die Kündigung ein und am 22. April wurde die Arbeit eingestellt. Zehn Wochen dauerte der Kampf und es wurde den Kollegen von allen Seiten sehr zugefügt. Durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Dissen kam ein Vertrag zustande, lautend bis zum Jahre 1914. Der Stundenlohn wurde auf 48 Pf. festgesetzt. Im Oktober 1913 sollen unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Verhandlungen stattfinden über die Festhaltung des Lohnes nach Ablauf des Vertrages. Hierdurch sollen Streitigkeiten von vornherein beseitigt werden. Auf einige Vorkommnisse bei dem Kampfe sei noch hingewiesen. Bezug hatten die Kämpfenden aus allen Teilen Deutschlands, und besonders der Unternehmernachweis in Dortmund schickte hundertweise die Leute nach Geseke. Die Zugereisten waren fast sämtlich Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Diese ließen sich nur zur Abreise bewegen, indem ihnen Reisegeld und Zehrlohn zur Verfügung gestellt wurde. Auch die Italiener wurden herangeholt und diesen höhere Löhne gegeben, als die Einheimischen geboten hatten. Aber auch diese Leute konnten schließlich zur Abreise bewegen werden, so daß die Sache einen vollen Erfolg gebracht hätte, wenn nicht in der achten Woche des Kampfes eine Kolonne Maurer aus Bielefeld eintraf. Alles Zureden nützte nichts, und so haben diese Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes durch ihren Streikbruch den Erfolg der Geseker Maurer verringert. Diese Genossen spielten sogar mit dem Revolver. Ausgerechnet aus Bielefeld mußten diese Leute kommen, wo die Organisation der Genossen so kraftig ist. Trotzdem auf den „Grundstein“ hingewiesen wurde, worin Geseke als gesichert bezeichnet war, blieben dieselben hochalochend an der Arbeit. Die Namen jener Verbündeter wollen wir aufrufen: Wilhelm Ohtsch, Paul Fiedle, Hermann Kirgerich, Wilhelm Charlotte, Hermann Harndt, Julius Koloff und Johannes Pittmann. Die Bauarbeiter haben es auch fertiggebracht, daß die Streikleitung unter Auflage gestellt wurde. Am 4. Oktober war Termin und die Kollegen wurden freigesprochen. Den Kampf in Geseke ist aber nicht spurlos an den Kollegen vorbeigegangen; sie haben erkannt, daß nur eine starke Organisation helfen kann, und diese Erkenntnis ist hoffentlich von dauerndem Wert. In Brilon wurde die Organisation auch wieder eingeführt. Es sind dort selbst die Bauverträge, welche gleiche Vorbedingungen zur Übernahme von Arbeiten sehr leicht haben könnten. Leider war dieses nicht der Fall. Der Unternehmer Wiegand sollte einen Stundenlohn von 33 Pf. während in dem Schiedsspruch 36-37 Pf. gezahlt werden. Die Kollegen von Wiegand wollten sich dieser unterchiedlichen Lohnung nicht erwehren und forderten den gleichen Lohn. Darüber bewilligte Wiegand eine Aufbesserung von 3-4 Pf. pro Stunde anmacht. Nachstehend eine Übersicht über die im Bezirk er-

Ort	Zohnerhöhung	Arbeitszeit	Mitglieder
Steinhagen (M. u. B.)	6 Pf.	1/2 Std.	27
Kanstein (M.)	2-3	—	20
Sipplstadt (Stadt)	2	—	4
Brilon (M.)	5	—	44
Sipplstadt (B.)	2-5	—	15
Geseke (M.)	3-6	—	48
Brilon (M.)	3-4	—	12

Die Durchführung der Verträge ließ auf Arbeitgeberseite verschiedentlich zu wünschen übrig. Besonders war die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung in den Vertragsgebieten Sipplstadt und Bielefeld den Unternehmern ein Dorn im Auge. Es bedurfte vieler Sitzungen in den Schlichtungskommissionen und manches Schreibens seitens der Bezirksleitung. Es bestätigte sich auch hier die alte Wahrheit: nur die Stärke der Organisation der Arbeitnehmer bietet die Gewähr für Anerkennung und Einhaltung der Verträge; dagegen wird der Vertrag nicht gehalten, wo die Organisation schwach ist. Der Nachteil ist einzig und allein bei den Arbeitern, Mängel diese Einsicht jenen Kollegen halb kommen, denn der Ablauf der Verträge am 31. März 1913 fordert eine gute, geschlossene Organisation.

Die Verträge haben sich allgemein gut bewährt. Unüberlegte Schritte, Arbeitseinstellungen und dergleichen sind nicht vorgekommen. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Kollegen wird durch das Vertragsverhältnis bedeutend gestärkt. Bedauerlicherweise muß konstatiert werden, daß wohl eine große Zahl der Kollegen die segensreiche Wirkung der Tarife ausnutzt, aber teilnahmslos beiseite steht im Kampfe um die Durchführung der Verträge und zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hier ist es Pflicht der organisierten Kollegen, aufklärend zu wirken, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Zahl solcher Leute immer geringer wird. Geschieht diese Aufklärungsarbeit ohne Unterlaß, so werden diese Kollegen gewonnen und stehen in kommenden Kämpfen an unserer Seite. Insbesondere muß die Wahl von Baudelegierten schärfer durchgeführt werden, damit eine wöchentliche Buchkontrolle auf dem Arbeitsplatz erfolgt. Eine solche tatkräftige, hingebende Organisationsarbeit ist ein dringendes Gebot der Pflicht, angesichts der Tatsache, daß die Unternehmerorganisation im Bezirk stark ist. Die Maßnahmen des Arbeitgeberbundes zur Stärkung seiner Macht und zur Niederwerfung der Bauarbeiter sind jedem Kollegen bekannt. Es erübrigt sich, näher darauf einzugehen, denn schon im Jahresbericht 1911 wurde darauf hingewiesen.

Der Bauarbeiter hat sich in den Städten etwas gebessert, in den ländlichen Orten muß aber noch viel geschaffen werden. Leider sind gerade in diesen Gebieten die Kollegen oft selbst schuld an den schlechten Verhältnissen. Deshalb mehr Mut in dieser Sache! Die Ministerialverordnung bietet eine gute Handhabe und die Unternehmer müssen dieselbe erfüllen.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen hat sich nicht geändert. Während innerhalb des Bezirks ein leidliches Zusammenarbeiten möglich ist, so findet in Bielefeld eine systematische Bekämpfung unserer Kollegen statt. Grundzüge der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gibt es dort für christliche Kollegen nicht, nur allein der Machtstandpunkt ist maßgebend. Dadurch wird jedes Jahr eine Anzahl Kollegen gezwungen, in die „freien“ Verbände einzutreten.

Ein Fall sei hier erwähnt. Bei der Betonfirma Kossel legten am 2. Juli 32 Zimmerergesellen die Arbeit nieder unter Vertragsbruch, um sechs unserer Kollegen aus der Arbeit zu drängen. Am 3. Juli fand eine Sitzung der Schlichtungskommission in dieser Angelegenheit statt. Der Genosse Theismann stellte den Antrag, den Bezirksleiter Werner vom christlichen Bauarbeiterverband von der Sitzung auszuschließen. Durch den Vorsitzenden, Herrn Sachmann, wurde er aber eines besseren belehrt. Die Verhandlungen der Schlichtungskommission ergaben zur Genüge, mit welchen Mitteln seitens der „freien“ Zimmerer gegen unsere Kollegen gearbeitet wurde. Als alles nichts half, wurde unter Vertragsbruch die Arbeit eingestellt, um die Entlassung der christlichen Zimmerer zu erzwingen. Herr Kossel kam aber diesem Verlangen nicht nach. In der Schlichtungskommission wurde den Genossen glatter Vertragsbruch vorgeworfen und auch festgestellt. Desgleichen versuchten nun die Genossen die Entfernung unseres Kollegen Walbeher aus der Schlichtungskommission; aber es gelang nicht. Die Angelegenheit sollte an das Bielefelder Einigungsamt weitergehen, so war Befehl der Schlichtungskommission. Die Zimmerergesellen aber haben es vorgezogen, wieder an die Arbeit zu gehen, damit sie nicht auch vom Einigungsamt den Tarifbruch bestätigt bekämen. Das Protokoll der Schlichtungskommission hat ihnen den Gang zum Einigungsamt erspart. Hier aus diesem Vorgang erkennt man die Wut gegen den christlichen Bauarbeiterverband; glatter Vertragsbruch nur um uns zu schädigen. Die Genossen-Zimmerer kümmern es anscheinend wenig, daß durch solche Handlungsweise das Vertrauensverhältnis selbst in großen Miskredit kommt, zum Schaden der Arbeiterchaft.

Im inneren Organisationsleben ist eine kleine Besserung eingetreten, aber befriedigend ist es nicht. Der Versammlungsbesuch muß besser werden. Die Erlebigen der Kassengeschäfte muß pünktlicher erfolgen. Die Kassierer haben ohne Rücksicht den festgesetzten Termin eingehalten. Es ist dieses leicht möglich, wenn sie frühzeitig mit den Hausfassierern abrechnen, besonders am Jahreschluß. Den Ausfüllung statistischer Fragebogen muß ebenfalls zum festgesetzten Termin erfüllt sein, denn die Statistik ist von unschätzbarem Wert für die Bezirksleitung und den Zentralvorstand. Auch hier kann man die Beobachtung machen, daß es immer ein- und dieselben Verwaltungsstellen sind, welche im Rückstande sind. In punkto Beitragszahlen sei darauf hingewiesen, daß der festgesetzte statistische Beitrag fast überall gezahlt wird, außer in einigen Orten. Diese haben unverzüglich ebenfalls den festgesetzten Beitrag in Zukunft zu entrichten. Die Teilnahme an den Bildungsbestrebungen ist leider nicht befriedigend, obwohl seitens der Vor-

stände, Kartelle und der sozialen Ferienvereinigung der Studenten reichlich Gelegenheit geboten ist. Die Unterrichtsstufe müssen ebenfalls besser besucht werden. In stetem Ringen müssen wir an der Geistesbildung weiterarbeiten, um den hohen Aufgaben gerecht zu werden, welche unserer warten auf allen Gebieten des Lebens, sei es zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage oder im sozialen und politischen Leben. Nur eine gut geschulte Arbeiterklasse kann diese Aufgaben vollbringen. Darum nutzt jede Gelegenheit, die sich zur Weiterbildung bietet!

Der Bezirksleiter nahm teil im Berichtsjahre an 15 öffentlichen Versammlungen, 83 Mitgliederversammlungen, 108 Vorstand- und Vertrauensmänneritzungen, 12 Baubesprechungen und Baukontrollen, 1 Hausagitation, 15 Kartellitzungen, 21 Sitzungen und Besprechungen mit anderen Berufen, 10 Kassenrevisionen, 8 Untersuchen in der Lohnfrage, 21 Sitzungen mit den Arbeitgebern, 11 Sitzungen des Einigungsamtes, 2 Schlichtungskommissions-Sitzungen, 1 Schöffengerichtssitzung, 1 Lohnkommissionsitzungen, 17 Kontrollen bei Streiks- und Aussperrungen, 17 Sitzungen und Versammlungen in Konfessionellen Vereinen und Unterrichtskursen, 9 Verhandlungen mit Behörden, 5 Tage Bezirksleiterkonferenzen und 4 Tage am christlichen Gewerkschaftskongress in Dresden. 1130 Einladungen und Handzettel wurden durch den Bezirksleiter im Bureau hergestellt.

An Postfachen gingen ein: 11 Telegramme, 32 Postanweisungen, 212 Briefe, 231 Karten, 192 Drucksachen, 24 Pakete, zusammen 712 Stück. Ausgegangen sind: 17 Telegramme, 17 Telefongespräche, 15 Postanweisungen, 291 Briefe, 305 Karten, 464 Drucksachen und 8 Pakete, zusammen 1117 Stück.

Werfen wir einen Rückblick auf das verfloßene Jahr, so können wir sagen, daß wir trotz der schlechten Konjunktur vorwärtsgekommen sind. Der Bericht zeigt aber auch die Mängel. Diese abzuschleifen, muß unsere Hauptaufgabe sein. Ein arbeitsreiches Jahr ist es gewesen und ich muß, genau so wie im vorjährigen Bericht, die Bitte aussprechen, daß seitens der Kollegen mehr Mitarbeit geleistet wird. Es ist bedauerlich, wenn Kollegen, die befähigt sind in Versammlungen zu reden, sich zurückziehen vom Organisationsleben, aber für Vergnügungen mancher Art immer Zeit und Geld übrig haben. Wollen wir im öffentlichen Leben Geltung haben, so müssen alle Kräfte angespannt werden, um eine größere Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Darum fort mit aller Pässigkeit und Befaglichkeit! Nur Aufopferung und Kampf bringt unseren Stand vorwärts. In diesem Bewußtsein, dem Arbeiterstande eine gebührende Stellung zu verschaffen, wird der Geist gestählt und unsere Arbeit erhält dauernden Wert.

Allen Kollegen, welche mitgewirkt haben an der Förderung der Organisation durch Erledigung der Geschäfte, sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank und bitte dieselben, mir auch in Zukunft ihre Mitarbeit nicht zu verweigern.

Zum Schluß möchte ich appellieren an die gesamten Kollegen. Der Ablauf des Vertrages rückt immer näher, darum arbeitet an der Stärkung des Verbandes mit aller Kraft. Vergesse nicht der Jugend, bringe derselben Verständnis entgegen, damit die jungen Kollegen sich wohlfühlen bei uns. Beachtet ferner die Ausbreitung des Betonbaues, hier ist ebenfalls ein weites Agitationsgebiet, welches wir den Gegnern nicht allein überlassen dürfen. Ferner muß die Agitation sich an alle übrigen Berufe des Baugewerbes erstrecken. Darum auf zu frischer, freudiger Arbeit für unsere gerechte Sache! Tun wir alle unsere Pflicht, dann werden unsere Gegner ihr Ziel nicht erreichen. Für unseren Stand, für unsere Familien, für unser Recht kämpfen wir, und nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht.

Friedrich Werner, Paderborn, Ludwigstraße 35.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzufenden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und es muß an einer Seite ein ca. zweifelhafte Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Altenheim. Am Donnerstag, den 9. Januar, hielt die Zahlstelle der Maurer ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Kassenbericht, Vorstandswahl und Verschiedenes. Den Kassenbericht erstattete Kollege Föllmer. Derselbe ergab folgendes Bild: Die Einnahme für die Verwaltungsstelle betrug im 4. Quartal 999,78 M., die Ausgabe 525,47 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: Krankunterstützung 116,70 M., Streikunterstützung 398,77 M., Militärunterstützung 4 M. und Gemäßigterunterstützung 6 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 261,32 M., die Ausgabe 143,08 M., bleib somit ein Lokalkassenbestand von 118,24 M. Für fränke Kollegen wurden 36,95 M. Unterstützung aus der Lokalkasse gezahlt. Die Jahreseinnahme 1912 betrug für die Hauptkasse 3698 M., die Ausgaben 1128 M. An Unterstützungen wurden im vergangenen Jahre gezahlt: 165,80 M. Krankengeld, 75 M. Rechtsschutz, Sterbegeld 60 M., Streikunterstützung 513 M. Die Jahreseinnahme der Lokalkasse betrug 855,68 M., die Ausgaben 767,44 M. Anschließend an den Kassenbericht warf Kollege Föllmer einen Rückblick auf das verfloßene Jahr und führte aus, daß dieses für unsere Kollegen wenig günstig gewesen sei. Die Konjunktur sei schlecht gewesen und sehr viele Kollegen hätten ihre Familie verlassen und sich anderwärts Arbeit und Verdienst suchen müssen. Im weiteren kam er noch auf unseren kommenden Vertragsabschluss zu sprechen und betonte, daß unsere Organisation die Interessen der Kollegen energisch vertreten werde. Pflicht der Kollegen aber sei es, in der kommenden Zeit kräftig für die Stärkung der Organisation zu arbeiten und Disziplin zu wahren. Abschluß wurde zur Vorstandswahl geschritten. Derselbe ergab die Wiederwahl des Kollegen D. Junke als ersten und Joh. Kaczinski als zweiten Vorsitzenden; Johann

Jaschinski als ersten und A. Nigbur als zweiten Schriftführer; H. Föllmer als ersten und Joh. Stoll als zweiten Kassierer; Grimm und Helmer als Revisoren; Marzschaller und August Vorkowski in die Schlichtungs- und Lohnkommission. Bezüglich der Einladung des hiesigen Magistrats, betreffs Teilnahme an der Gedenkfeier der 100-jährigen Erhebung Preußens, wurde beschlossen, sich vollständig hieran zu beteiligen.

Die Zahlstelle der Zimmerer hielt am Mittwoch, den 8. Januar, ihre Generalversammlung ab. Nachdem Kollege Föllmer den Kassenbericht erstattet und Entlastung erteilt war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Saalman wiedergewählt, als zweiter Kollege Mezing, als Schriftführer die Kollegen Groß und Chbulenski, als Revisoren Mezing und Meiriz. Hierauf verbreitete sich Kollege Föllmer in längeren Ausführungen über die Lage der Kollegen im hiesigen Zimmerergewerbe. Die Konjunktur sei eine schlechte gewesen und die Kollegen hätten viel unter Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Ein weiterer Uebelstand sei die immer größere Zunahme der ungelerten Arbeiter im Zimmererberuf. Diese ungelerten Arbeiter würden von den Unternehmern besonders bevorzugt, weil sie eben billiger arbeiteten. Diesem Uebelstande abzuwehren, gebe es nur ein Mittel: die Organisation. Pflicht der Kollegen sei es, wollten sie ihre Position behaupten, diese ungelerten Arbeiter zu organisieren. Hier dürften sich die Kollegen nicht von einem falschen Standesbewußtsein leiten lassen. Der Anfang sei gemacht, jetzt müsse es weiter gehen. Zum Schluß dankte er allen Kollegen, welche tatkräftig an der Ausbreitung der Organisation mitgearbeitet hätten.

Die Zahlstelle Köstliem hielt am Montag, den 6. Januar, ihre Generalversammlung ab. Nachdem durch den Kassierer der Kassenbericht gegeben und derselbe für richtig befunden war, wurde Kollege Bernhard Bischof als Vorsitzender, Frau Karel als Kassierer und Kautenberg als Schriftführer gewählt. Hierauf sprach Kollege Föllmer über die Kämpfe um den Charakter der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. Er kam dann im weiteren Verlaufe auf die kommende Lohnbewegung und ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben zu sprechen. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, auch im neuen Jahre der Organisation die Treue zu bewahren und für ihren weiteren Ausbau kräftig einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Bischofsburg D.-Pr. Am Sonntag, den 5. Januar, tagte unsere Generalversammlung. Kollege Piontek eröffnete dieselbe und erteilte das Wort dem Bezirksleiter, Kollegen Schönekas. Derselbe sprach zunächst über unsere diesjährige Lohnbewegung. Der Bischofsburger Vertrag geeyort nicht zu den allgemeinen Verträgen und müsse daher am 1. Februar 1913 gekündigt werden. Einstimmig beschloßen die Kollegen, den Vertrag zu kündigen. Auch eine Lohnerhöhung wurde geordert. Dann sprach Kollege Schönekas angeichts eines in der letzten Zeit passierten Bauunfalles über Bauarbeiterschutz. Der Vortrag wurde von den Kollegen mit Beifall aufgenommen. Der Kassenbericht soll, da die Jahresabrechnung noch nicht aufgestellt werden konnte, in der Februarversammlung gegeben werden. Bei der Wahl des Vorstands wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: Als erster Vorsitzender Hermann Kroll, als zweiter Andreas Piontek, als erster Kassierer Richard Reich, als zweiter Eduard Grunewald, zum Hilfskassierer Ignaz Marowski, als Schriftführer Gustav Koch, als Kassenrevisoren wurden die Kollegen Marwala und Rogalla gewählt. Kollege Schönekas warf dann einen Rückblick auf die verfloßenen Jahre. Die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften wurden eingehend besprochen. Zum Schluß gaben die Kollegen durch Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen und versprachen, mit aller Kraft für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften zu sorgen. Um 5 Uhr nachmittags wurde die fünfstündige Versammlung geschlossen.

Bleichen. Unsere Verwaltungsstelle hielt ihre diesjährige Generalversammlung am 5. Januar ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag des Kollegen Müller-Posen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 413,60 M. Am Schluß des vorigen Jahres war ein Kassenbestand von 155,36 M., dieses ergibt eine Gesamteinnahme von 568,96 M. Die Ausgaben betragen insgesamt 388,31 M. Es bleibt somit ein Bestand von 188,15 M. In die Zentralkasse sind gesandt 343,86 M. An Unterstützung wurden 16,20 M. gezahlt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kasse. In der Vorstandswahl wurden Koll. Kabelle als Vorsitzender, Koll. Junke als Kassierer, Verenderke als Schriftführer, Höhle und Horstjan als Revisoren gewählt. Der Bezirksleiter, Kollege Müller-Posen, referierte über die Kämpfe, die unsere Gewerkschaft zu bestehen hatte und noch zu bestehen hat. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil.

Friederdsdorf (Bez. Kattowit). Am 26. Dezember hielt die Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Kollege Kulpa. Hierauf wurde demselben Entlastung erteilt. In den Vorstand wurde gewählt: die Kollegen Paul Sobel als 1. Vorsitzender (wiedergewählt), Joh. Kullin als 2. Vorsitzender; als Hilfsstellentassierer Kollege Joh. Kulpa (wiedergewählt), als Hauskassierer die Kollegen Karl Wirtor und Aug. Kuszka; zu Revisoren die Kollegen Franz Götsch und Karl Kuszka; Koll. Eusebius Mitulla als Schriftführer und Koll. Joh. Kullin als Delegierter zur Bezirkskonferenz nach Kattowitz. Zum Schluß ernannte Kollege Kulpa zu treuer Pflichterfüllung und einheitlichem Mitwirken für den Verband. — Auch am 30. Dezember wurde von der Zahlstelle eine Versammlung abgehalten. Trotz guter Vorarbeit war dieselbe nicht besonders gut besetzt. Als Referent erschien der Kollege Golla aus Kattowitz. Derselbe hielt einen vortrefflichen Vortrag über: „Ende des Tarifvertrages 1910—1913, und unsere Stellungnahme dazu.“ In der Diskussion wurde hervorgehoben,

die Verbandspflichten treu und pünktlich zu erfüllen und den Führern und Leitern stets volles Vertrauen zu bewahren; dann können wir der Zukunft frei ins Auge blicken, mag kommen was da wolle. Mit dem Wunsch: Gott segene die christliche Arbeit, wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. (Jahresbericht.) Im Jahresbericht von 1911 mußten wir über die schlechte Konjunktur im Baugewerbe berichten. Diese hielt auch im ersten Halbjahr 1912 noch an. Erst Ausgangs Juli begann die Bautätigkeit etwas flotter zu gehen, was auch jetzt noch der Fall ist. Der Grund scheint darin zu liegen, daß noch vor dem Tarifablauf alle Bauarbeiten fertiggestellt werden sollen, um so eine möglichst stauende Bautätigkeit zu haben. Abgesehen von einigen großen Bauten, wie die Stadthalle und der Erweiterungsbau der Zintenfabrik von Günther und Wagner, wo zum Teil 3—400 Bauarbeiter beschäftigt waren, erstreckte sich die Bautätigkeit meist auf Privatbauten. Für das Jahr 1913 ist nun schon ein Teil Neubauten projektiert. So sollen mehrere Kavernen erbaut werden, ferner ist nach der Fertigstellung des neuen Kanals vom Rhein nach Hannover die Anlage größerer Fabriken und dergleichen zu erhoffen. Ferner hat der Magistrat der Stadt Hannover 500.000 M. zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt, so daß, wenn die Lohnbewegung frühzeitig erledigt wird, eine gute Konjunktur im Baugewerbe bevorsteht. Von der Konjunktur hängt auch die Mitgliederbewegung unserer Verwaltungsstelle ab. Im ersten Halbjahr konnten daher die Mitglieder nur erhalten bleiben, während wir im 3. und 4. Quartale mit einer Zunahme rechnen konnten. Die 113 Kollegen, welche zurzeit, sowie 180 Neuaufnahmen nebst 37 Uebertritten aus anderen Organisationen ermöglichten es uns, daß die Zahl von 1068 am Schluß des 4. Quartales und 1052 im Jahresdurchschnitt zu verzeichnen war, gegen 1019 im Jahre 1911. Die Mitgliederfluktuation wird vermindert durch den Bauhilfsarbeiterberuf. Hier zeigt sich die Situation am stärksten. Dem entgegen zu steuern wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein. Ihre Erfahrungen machten wir dagegen mit der Gründung einer Jugendgruppe. Diese einmal gewonnenen Jugendlichen blieben uns dann bei der Ausbreitung und brachten uns sie dann nicht erst zu organisieren. Auf diesem Gebiete weiter zu arbeiten ist sehr notwendig, wollen wir die Jugendlichen für unsere Ideen begeistern. In den Heimatorten bietet sich gerade jetzt die günstigste Zeit, die Adressen zu sammeln und den Verwaltungsstellen, wo die Betreffenden tätig sind, zuzustellen. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit diesem Adressensammeln gemacht und hoffen, daß es fortgesetzt wird. Dann sollen auch die Väter, Brüder und Verwandten es sich zur Pflicht machen, ihre Söhne und Verwandten unserer Organisation zuzuführen. Es muß auch darüber gewacht werden, ob die Jugendlichen die angelegten Versammlungen besuchen. Das Abstempeln der Versammlungen in den Mitgliedskarten dürfte hier eine gute Kontrolle sein. In der Verwaltungsstelle fanden im Berichtsjahre 99 Mitglieder- und 7 öffentliche Versammlungen statt. Der Besuch war nicht befriedigend. Vorstandssitzungen wurden 35 und Vertrauensmänneritzungen 11 abgehalten. In 8 Streitfällen mußte die Schlichtungskommission zusammentreten. Der Kassenbericht der Verwaltungsstelle hat sich gegen das Vorjahr noch gebessert. Gatten wir 1911 eine Einnahme von 30.169,86 M., so stieg dieselbe in diesem Jahre auf 31.940,44 M. Die Mehreinnahme an Eintritts- und Wochenbeiträgen in 2015,33 M. Die Ausgaben waren folgende: An Rechtsschutz 79,10 M., Krankunterstützung 2152,40 M., Sterbeunterstützung 268 M., Streikunterstützung 372,35 M., Gemäßigterunterstützung 25,50 M., Militärunterstützung 51 M. In bar sind an die Zentralkasse gesandt 20.162,14 M. (1911 — 18.327,09 M.). Die lokalen Ausgaben betragen 6305,75 M., so daß ein Lokalkassenbestand von 2524,20 M. verbleibt. Der Lokalkassenbestand hat sich 1912 um 361,89 M. verringert. Die Markenleistung beträgt aufs einzelne Mitglied 36 gegen 35,03 im Vorjahre und 28,16 M. an Jahresbeitrag, was auf die Woche 70,04 Pf. gegen 66,09 Pf. im Jahre 1911 ergibt. Die Leistung aufs einzelne Mitglied wurde höher stehen, wenn nicht die Jugendlichen mit 10 Pf. Wochenbeitrag mit einbegriffen wären. Dasselbe trifft auf die Arbeitslosenmarken zu. 1911 wurden 1240 Stück abgesetzt, dagegen im Berichtsjahre nur 706. Bei Krankheitsfällen, wo die Karenzzeit zurückgelegt werden muß und in solchen Fällen, wo das Mitglied noch nicht bezugsberechtigt ist, werden nach unserem Statut vom 1. Januar 1912 ab Arbeitslosenmarken gestellt, sonst würde die Zahl der Arbeitslosenmarken noch niedriger sein. Die Beiträge gingen im allgemeinen ziemlich gut ein. Nur muß geklagt werden, daß sich nicht genügend anlässige Kollegen als Hauskassierer melden. Zahlen wie doch mit die höchsten Entschädigungen für die Hauskassierer im Verbande (7 Proz.) und machte dies allein 1912 die Summe von 1980,33 M. aus. Die Kollegen müssen die Bequemlichkeit ablegen und hier mitbestimmen, denn hierzu gehören die besten Kollegen, die auch Idealismus besitzen. Ebenso darf gesagt werden, daß die anlässigen Kollegen doch etwas mehr die Versammlungen besuchen könnten. Unser geschäftlicher Verkehr wurde umfangreicher. Es gingen ein: 4 Telegramme, 13 Postanweisungen, 300 Briefe, 214 Karten, 123 Drucksachen und 260 Pakete. Der Ausgang war: 4 Telegramme, 62 Geldsendungen, 523 Briefe, 248 Karten, 1230 Drucksachen und 4 Pakete. An Rundschreiben und Einladungen wurden 3736 im Bureau angefertigt. Der Verkehr mit dem Bureau war ein ziemlich reger. Um aber die notwendigen Arbeiten im Bureau erledigen zu können, wurden Sprechstunden eingerichtet und ist es notwendig, daß sich die Mitglieder mehr danach richten, da es sonst unmöglich ist, die Geschäfte der Verwaltungsstelle so zu führen, wie es notwendig ist. Die Kassengeschäfte verlangen immer mehr Zeit und sollen die Kollegen dazu beitragen, daß diese Arbeiten nicht erschwert werden. Die bestehenden Tarifverträge wurden von den Arbeitgebern vielfach umgangen und längere Arbeitsstunden von den Kollegen verlangt. Hier sollten die Kollegen Rückgrat genug be-

Solla, als erster Kassierer Michael Palt, als zweiter Wilhelm Palt, als erster Schriftführer Paul Schwierz, als zweiter Franz Rufas, alle aus Wengern. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Zum Schlusse ersuchte der neue Vorsitzende die Kollegen, in Zukunft zur Versammlung zahlreich zu erscheinen und im neuen Jahre tüchtig mitzuarbeiten an unserer guten Sache. Mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Westernohe. Am 27. Dezember 1912 fand hier eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Zweck der Versammlung war die Gründung einer Zählstelle. Bezirksleiter Kreuz hielt einen Vortrag über das Entstehen der deutschen Arbeiterorganisationen. Referent verstand es, in seiner einseitigen Rede die Anwesenden zu fesseln. Er machte ihnen klar, daß nur in der christlichen Organisation der Platz für sie sei. Ferner betonte Kollege Piton die Notwendigkeit der Organisation. Er meinte, was in den übrigen Ortschaften geleistet würde, müßte auch hier zu leisten sein. Besonders ermahnte er die Kollegen, alles zu tun, um die Bauen aufzurütteln, und sie dem Verbandszusuführen. Da schon einige Kollegen organisiert waren, schritt man zur Wahl eines Vorstandes. Es wurde als erster Vorsitzender gewählt Kollege Piton, als Schriftführer Johann Hilgen, als Kassierer Alb. Wingenbach. Es wurde ferner beschlossen, die Mitgliederversammlungen alle 14 Tage abzuhalten, und zwar Sonntags um 4 Uhr im Lokale des Gastwirts Kiebel. Tue nun ein jeder seine Pflicht, denn unsere Sache ist es wert. „Ruhelos mußt du vorwärtsstreben, nie ermüdet stille stehen, willst du die Vollendung sehen.“

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Gutenbergbund, die Organisation der christlichen Buchdrucker, hat wohl unter allen christlichen Verbänden den schwersten Stand. Er sieht sich einem übermächtigen sozialdemokratischen Gegner gegenüber, der im Tarifverhältnisse fast Monopolstellung einnimmt und der die ihm dadurch in die Hand gegebenen Machtmittel mit brutaler Rücksichtslosigkeit auf die christliche Organisation wirken läßt. Von den Tarifinstanzen (Schiedsämter usw.) ist der Gutenbergbund vollständig ausgeschlossen. Dazu wird seitens des sozialdemokratischen Verbandes gegen den christlichen Verband ein Vernichtungsfeldzug geführt, der nachgerade ekelhafte Formen angenommen hat. Trotzdem hat man den Gutenbergbund nicht nur nicht vernichten können, sondern derselbe kann sogar noch für das Jahr 1912 107 Uebertritte vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband verbuchen. Der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, berichtet: „Wir schlossen unsern Artikel im Oktober: „Frei ist die Kunst, frei ist der Mann! Deshalb macht euch frei, Kollegen, von dem Drucke, seid frei in Gestaltung, frei im Handeln. Bis 1. Januar muß die Zahl 100 erreicht sein.“ Die Zahl 100 ist nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Zählt man zu den 76 Uebertritten, die bis 1. Oktober erfolgt sind, die weiteren 31, das gibt es 107. Also einhundertseven Verbandsmitglieder sind allein im Jahre 1912 aus dem Buchdruckerverband ausgetreten und haben sich dem Gutenbergbund angeschlossen. Von den Uebergetretenen gehörten dem Buchdruckerverband an:

61 Mitglieder bis zu 5 Jahren,
30 „ von 5-10 „
7 „ 10-15 „
2 „ über 20 „

bei drei ist die Zahl der im Verband geleisteten Beiträge noch nicht festgestellt.“

Ein Bravo unseren Mitgliedern, sie haben gut gearbeitet. Ein Bravo den übergetretenen Mitgliedern, sie haben gezeigt, wie Männer handeln, die noch eine Ueberzeugung haben. So muß es weiter gehen. Mag der „Korrespondent“ Gift und Galle speien, wir sind auf dem Vormarsche, das Eis ist bald gebrochen, und mutig gehts weiter!“

„Nur mutig weiter!“ rufen auch wir den christlichen Buchdruckern zu. Sie kämpfen ja nur um ihr Recht, und das muß ihnen noch werden, wenn sie selbst in diesem Kampfe nicht erlahmen.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Der christlich-soziale Gewerkschaftsbund der Schweiz hielt jüngst seine jährlich stattfindende ordentliche Versammlung ab. Dem vom Präsidenten Brielmaier erstatteten Jahresbericht entnehmen wir: „Das Jahr 1912 war für die christlichen Gewerkschaften ein bewegtes. Stürme mannigfacher Art hatten sie zu überwinden. Die schlechte Konjunktur in den wichtigen Industrien, speziell im Baugewerbe und in der Lederindustrie, war für die Entwicklung des Gewerkschaftsbundes hemmend. Während einzelne Verbände eine Mitgliederzunahme bis zu 80 Proz. aufweisen, sind andere stagniert oder sogar noch um etwas zurückgegangen. Die Gesamtzahlen weisen indessen doch einen kleinen Fortschritt auf. Die Feuerung machte sich in Arbeiterkreisen ganz speziell bemerkbar. (Die Schweiz ist Freihandelsstaat. Bekanntlich führt die deutsche Sozialdemokratie alle Feuerungsbeschreibungen auf unser Schutzsystem zurück. Sie fordert deshalb den Freihandel. Wie aber das Beispiel der Schweiz zeigt, ist der Freihandel doch durchaus kein Allheilmittel gegen Feuerungen. Red.) Die christlichen Gewerkschaften haben sich ehrlich um die materielle Besserstellung der Arbeiterkassen bemüht. Die Kämpfe um materielle Besserstellung waren aber vielfach auch Kämpfe um die Existenz der christlichen Gewerkschaften. Der schroffe Terrorismus der sozialistischen

Gewerkschaften stellte die christlichen Gewerkschaften auf eine harte Probe bezüglich ihrer Kampffähigkeit. Sie haben aber stramm allen Stürmen standgehalten. Die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften, die sich auf dem christlichen Sittengesetz, der christlichen Weltanschauung aufbauen, sind auch die siegreiche Kraft, die uns den Erfolg brachten. So sind die christlichen Gewerkschaften der einzige mächtige, unbezwingbare Damm gegenüber der roten sozialistischen Hochflut, dem blinden Terror.“

In der Diskussion wurde auch die Enzyklika resp. die Stellung der Schweizer christlichen Gewerkschaften zu derselben erörtert. Es wurde hervorgehoben, daß man in der Schweiz weder eine „Kölner“ noch eine „Berliner“ Richtung habe und daß die Enzyklika durch die Streitfrage in Deutschland verursacht worden sei. „Unsere schweizerischen Verhältnisse sind,“ so wurde betont, „abei nicht berührt. Wir sind gegenüber der sozialistischen und freisinnigen Bewegung die einzige christliche Berufsorganisation der Arbeiter. Unser Programm, das wir uns im Jahre 1907 gegeben, bleibt; dort sind unsere Grundsätze niedergelegt und niemand hat sie angegriffen. Die Parole für die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz lautet: Wir arbeiten weiter wie bisher.“

Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzulenden.)

Enshcim. (Bauunfall.) In dem benachbarten Eschringen verunglückte auf der Baustelle Kaiser der Arbeiter Nik. Mohr von Eschringen dadurch, daß nachrückende Erdmassen ihm das eine Bein durchschlugen. Der Verunglückte mußte mittels Wagen nach Hause gebracht werden. Da eine baupolizeiliche Erlaubnis zu den fraglichen Arbeiten nicht erteilt ist und außerdem die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet wurden, sind die Arbeiten auf der betr. Baustelle sofort polizeilich eingestellt worden.

Der Bauarbeiterschutz im Regierungsbezirk Osnabrück. In unserem Gebiete sind wir durch den Erlass einer Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Osnabrück durch den Regierungspräsidenten Böttcher in puncto Bauarbeiterschutz wieder ein Stückchen vorwärts gekommen. Wir lassen die neue Verordnung hier im Wortlaut folgen, damit alle Kollegen, die in dem Gebiete wohnen oder tätig sind, davon Kenntnis haben

Polizeiverordnung,

betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, der §§ 6, 12, 13 der königlichen Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 (Gesetzsammlung Seite 1529), des § 120e, Abs. 2 der Gewerbeordnung wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Osnabrück folgende Polizeiverordnung, die der hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zur Aeußerung vorgelegen hat, erlassen:

§ 1. Die Fürsorge für die Arbeiter seitens der Bauunternehmer muß

- a) bei Hochbauten, wenn einschließlich der Poliere und Lehrlinge mehr als 10 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind; während der Rohbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Staker, werden nicht in diese Zahl eingerechnet,
- b) bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind, den Bestimmungen der §§ 2 bis 7 entsprechen.

§ 2. Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei ungünstiger Witterung, sowie zur Aufbewahrung von Kleidern, Lebensmitteln und Eßgeschirr muß für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein allseitig dicht umschlossener, mit Fenstern genügend versehener, durch Öffnung der Fenster lüftbarer Unterkerkerraum geschaffen werden, der im Mittel mindestens 2,20 Meter im Lichten hoch sein muß und dessen Grundfläche derart zu bemessen ist, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter (§ 1) eine Fläche von wenigstens 0,75 Quadratmeter entfällt.

Der Unterkerkerraum muß mit festem Fußboden aus Steinen oder Holz versehen und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkerkerräumen Sitzplätze und Tische zur Verfügung zu stellen.

Baumaterialien oder Geräte irgendwelcher Art dürfen in den Unterkerkerräumen nicht gelagert werden.

Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters von der Unterkerkerstätte der Regel nach höchstens 500 Meter entfernt ist.

Für schwimmende Unterkerkerräume findet die Vorschrift über die notwendige lichte Höhe keine Anwendung.

§ 3. Sinkt in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter +10 Grad Celsius, so ist der Unterkerkerraum genügend zu erwärmen.

§ 4. Den Arbeitern muß auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen.

Bei Tiefbauten außerhalb geschlossener Ortschaften sind die Wärmevorrichtungen unmittelbar bei der Baustelle anzulegen.

Es kann zugelassen werden, daß während der kälteren Jahreszeit die Heizanlage der Baubude zugleich als Wärmevorrichtung für Speisen und Getränke eingerichtet und benutzt wird.

§ 4. Bei Bauausführungen (vergl. § 1) müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Sitz (Brille) für höchstens 25 Personen dient. Beim Vorhandensein mehrerer Aborte ist zwischen je zwei Sigen eine Scheidewand anzubringen. Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten.

Die Aborte müssen möglichst entlegen von den Unterkerkerräumen (§ 2), der Regel nach mindestens 6 Meter davon entfernt, aufgestellt werden; sie müssen genügend hell und derart eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Erforderlichenfalls sind vor den Türen Blenden anzubringen. Die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben erhalten. Sie sind entweder an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorrichtigmäßig anzuschließen, oder es müssen wasserdichte Tonnen, welche nach Bedarf fortzuschaffen und durch leere, mittels Lackanstriche desinfizierte Tonnen zu ersetzen sind, aufgestellt werden. Die Tonnen sind durch Sitz- und Stoßbreiter zu verdecken.

Bei freier, von Wohngebäuden entfernter Lage der Baustellen kann die Herstellung einer Erdgrube gestattet werden.

§ 5. Bei den für die Arbeiter bestimmten Aborten ist ein Bißoir anzulegen.

§ 6. Die Unterkerkerräume und die Aborte sind stets in reinlichen Zustande zu erhalten. Die Aborte und Bißoirs sind nach Erfordernis zu entleeren und zu desinfizieren.

§ 7. Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereitzustellen.

§ 8. Vom 1. November bis 1. April dürfen Straßlaten-, Maler-, Fuher- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster verschlossen sind.

Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist für genügend zu erachten.

§ 9. In Räumen, in denen offene Kofzfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden, solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Aufsicht über beaufsichtigenden Personen betreten werden.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafen bis zu 60 M. und im Falle des Unvermögens mit entsprechender Haft bestraft, soweit nicht nach anderen Bestimmungen schwerere Strafen vermerkt sind.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit diesem Zeitpunkte wird die Polizeiverordnung, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten vom 11. November v. J., Amtsblatt Seite 147, aufgehoben.

Osnabrück, den 14. Dezember 1912.

Der Regierungs-Präsident
gez. Böttcher.

Diese Verordnung schließt sich der am 5. Oktober 1911 erlassenen Polizeiverordnung der Stadt Münster an. Die in § 1 angelegte Personenanzahl von 10 bei Hochbauten ist etwas hochgezogen, und zwar deshalb, weil dadurch gerade die kleinen Unternehmer, die sich in sehr vielen Fällen recht wenig um einen ausreichenden Schutz für Leben und Gesundheit der bei ihnen tätigen Arbeiter kümmern, nicht davon berührt werden. Für diese aber sind solche Bestimmungen besonders notwendig. Es wird daher unsere Aufgabe sein müssen, darauf hinzuwirken, daß die zuständige Behörde diese Zahl auf 5 Personen herabsetzt.

Noch eins müssen wir unseren Kollegen im Regierungsbezirk Osnabrück zurufen. Die vorstehende Verordnung wird nur dann für die Bauarbeiter den beabsichtigten Schutz für Leben und Gesundheit bringen, wenn wir als Organisation für die Durchführung der einzelnen Bestimmungen Sorge tragen, bzw. dieselbe überwachen. Darum zieht die richtigen Schlussfolgerungen, nämlich, werbet kräftig in allen Orten neue Mitglieder für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter, und laßt die noch unwissenden Kollegen in entsprechender Weise auf. M.

Bücherchau.

Billige und zweckmäßig gebaute Eigenhäuser. Ein- und Mehrfamilienhäuser sind stets ein Bedürfnis für die Mehrzahl unserer Bevölkerung und der Baumeister wie der Bauherr brauchen deshalb für ihre geplanten Neubauten auch gute neue Anregungen, wie sie eine uns heute vorliegende preiswerte Vorlagenammlung in ihren 74 Bildertafeln enthält.

Eigenhäuser. Kleine Wohnhäuser. Von R. Gehardt u. Karl Eberhardt. 70 bürgerliche Hausbeispiele in ca. 200 Ansichten und Grundrissen usw. mit Angabe der Baukosten. 74 Tafeln, Abbildungen in Farbdruck 3 M., geb. 4,50 M. (Porto 30 Pf.), für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. kostenlos. Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Wiesbaden. Dieses billige Verlagswerk kann jeder Architekt und Baumeister, Bautechniker oder Unternehmer recht vorteilhaft für die Praxis verwenden, denn es handelt sich hier ja durchweg um 4-8 Zimmerhäuser, die bekanntlich am meisten gebaut werden, meist einfach im Aufbau und mit bewährten Grundrissdispositionen, für Gebirgsgegend wie für Flachland geeignet. Für alle diejenigen Familien, die sich ein Eigenhaus bauen wollen, ist diese Sammlung von 70 Beispielen von größtem Werte. Sie können an Hand derselben eine ganz ihren Bedürfnissen angepaßte Einteilung der Räume sich zurechtlegen und finden viele Anregungen wie eingebaute Schränke anzuordnen sind, schöne Sitzplätze, Wohnstufen usw. Die Baukosten der Häuser überschreiten selten 20 000 M. und wir finden auch schon Zweifamilien- oder zusammengebaute Einfamilienhäuser für 9000 M., darunter allerdings auch einige Häuser für 25-35 000 M. Dieser billigen und

Fruchtbarste Sammlung ist eine große Verbreitung zu wünschen.

Langes Leben, Gesundheit und Familienglück. Wie man lange leben, gesunde Kinder großziehen, Krüppel und Lungen kräftig erhalten kann, weist überzeugend Professor Baumgart nach in der Aufklärungsschrift: „Die Quelle der Gesundheit im Einfamilienhaus.“

Das Büchlein ist im besten Sinne eine Propagandaschrift für das Einfamilienhaus und die „Gartenstadt“. Der Verfasser hat seine Aufgabe recht gut gelöst. Er rückt das Einfamilienhaus in die denkbar günstigste Beleuchtung und zeigt an Hand von Hausbeispielen mit Angabe der Baukosten die Durchführbarkeit der Idee.



Wohnung, jährlich 12 Hefte mit je 40-48seitigem Silbertitel 12 M jährlich, Probeband mit 200 Abbildungen 2,50 M portofrei. Sie enthält Bestiecke mustergeräthiger Hausbauten und Wohnungseinrichtungen hervorragender Künstler, die für Sachleute wie Laien gleich wertvoll sind.

Veranstaltungskalender.

Krainsitz. Die Generalversammlung mit Vorstandswahl findet am Sonntag, den 26. Januar, um 3 Uhr nachmittags im Gopla Hotel statt.

Siechenheim. Am 26. Januar findet unsere Generalversammlung im Gasthaus zum Schützenhof statt. Alle Kollegen sind freundlich eingeladen.

Tragen Sie kein Bruchband

Nach einer 30jährigen Erfahrung habe ich für Männer, Frauen und Kinder einen Apparat erfunden, welcher Brüche mühelos beseitigt.

Ich sende Ihnen auf Probe.

Wenn Sie alles mögliche probiert haben, kommen Sie zu mir. Was andere mißlingt, da habe ich den größten Erfolg. Senden Sie noch heute beiliegenden Abschmitt, so schicke ich Ihnen postfrei mein illustriertes Buch über Bruch und seine Beseitigung, aus welchem Sie meinen Apparat und Namen vieler Personen ersuchen können, welche denselben versucht haben und mir unendlich dankbar sind.



C. E. Brooks, welcher seit mehr als 30 Jahren Bruch beseitigt. Falls Sie an Bruch leiden, schreiben Sie ihm noch heute.

Es hilft sofort, wenn alle anderen Mittel versagen. Vergessen Sie nicht, daß ich weder Salben, noch Harnisch, noch Ligatur verwende.

Ich fertige es nach Ihrem Maß an und sende es Ihnen unter unbedingter Garantie zu, daß es Ihnen gefällt, oder gebe Ihnen das Geld zurück, und ich habe meinen Preis so niedrig gestellt, daß jedermann, reich oder arm, den Apparat kaufen kann.

Ich sende ihn auch auf Probe, um zu zeigen, daß ich die Wahrheit spreche. Sie können selbst urtheilen, und wenn Sie einmal mein illustriertes Buch gesehen und gelesen haben, werden Sie ebenso begeistert davon sein, wie die Tausende meiner Patienten, deren Briefe in meinem Bureau eingesehen werden können. Füllen Sie daher mitstehendes Freiformular aus und senden Sie ihn noch heute ab.

Gratis-Informationskupon.

C. E. Brooks, D. 315 Bank Bldg., Kingsway, London, W.C., England.

Senden Sie mir bitte in unbedrucktem Konvert Ihr illustriertes Buch und ausführliche Auskunft über Ihren Apparat.

Name: _____ Adresse: _____ Provinz: _____

Beizug nach England ist 20 Pf.

Nr. 84.

Sterbetafel.

Am 2. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege Wilhelm Wagner an Herzlähmung. Jahrestelle Sangesmeilungen.

Am 10. Januar starb unser treuer Kollege und Mitgründer unserer Jahrestelle Johann Kurfchilgen im Alter von 55 Jahren infolge Lungenentzündung. Jahrestelle Völich-Wülldorf.

Ehre ihrem Andenken!

Aus dem Geschäftsleben.

Bestrebt, unseren Kollegen durch den Inseratenteil immer nur das Beste und Gediegenste auf allen Gebieten zu empfehlen, bitten wir sie, auch bei Bedarf der inserierten Ware sich nur an unsere Inserenten zu wenden.

Die bei den Bauarbeitern so sehr beliebten Militärstiefel liefert billig und gut die Firma F. Fischer, Hamm, Westf., Ritterstr. 16.

Als empfehlenswertes Hotel in Berlin können wir den durchreisenden Mitgliedern das „Hotel Küstriner Hof“, Berlin, Madaistr. 8, gleich am Schlesischen Bahnhof, empfehlen. Schon seit 10 Jahren ist dort Verkehr unserer zu Verhandlungen, Kongressen, Generalversammlungen usw. durchreisenden Kollegen. „Die Baugewerkschaft“ liegt auf!

Die Kenntnis der Volksarzneimittel und Volksmittel entspringt und entspringt noch täglich aus einer von der Sinnesanschauung und den Verstandsbegriffen unabhängigen Erkenntnisquelle aus der Natur, aus schlichten Beobachtungen des Lebens, aus zweckdienlichen Tathachen. Dieser unerschöpflichen Erkenntnisquelle verdankt die Volksheilkunde ihre Entstehung und tagtäglich einen großen Teil ihrer Bereicherungen.

berlange Prospekt und achte darauf, daß man nur Lichtenhelbs echte Singjong-Essenz mit dem Licht, aus Lichtenhelbs Laboratorium in Meuselbach, Thüringer Wald, stammend, erhält, nur dann hat man die Gewähr für ein wertvolles Volksheilmittel.

Fast 30 000 Orte zählt jetzt der Kundenkreis des weltbekanntesten Versandgeschäftes Jonas u. Co., Berlin N. O. 672. Der beinahe 800 Seiten starke Produktkatalog mit 4000 Abbildungen über Tischuhren, Wanduhren, Schmuckgegenstände aller Art, photographische Apparate, Geschenkartikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente und Spielsachen wird auf Verlangen jedem Leser unseres Blattes ohne Kaufzwang gratis und kostenfrei zugesandt.

Advertisement for 'An der Spitze' featuring a large stylized logo and text: 'An der Spitze'.

Advertisement for 'Emil Hohfeldt' featuring a logo of a man and text: 'Emil Hohfeldt, Dresden-N. 6, Ritterstraße 2 u. 1. Spezialfabrikation und Versand von Berufsbekleidung'.

Advertisement for 'Vogt & Co.' featuring a watch illustration and text: 'wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend Werk...'.

Advertisement for 'NATIONAL' featuring a logo and text: 'NATIONAL Für jeden Radfahrer unentbehrlich'.

Advertisement for 'Bouillonwürfel' featuring text: '100 Stck. 2., 3., 4.- Mk. Tomat-, Sparg-, Huhn-, Taub-, Ei- oder kalte Würfel'.

Advertisement for 'Speisewirtschaft' featuring text: 'in freundliche Erinnerung. Liefere preiswerter Mittagessen von 20 bis 45 Pf. Abendessen von 35 Pf. an'.

Advertisement for 'Wer Geld braucht?' featuring text: 'von 100 Mk. an, wende sich nur an die „Credit- u. Immobilien-Gesellschaft“, Berlin 463, Friedrichstr. 113 a'.

Advertisement for 'Militärstiefel' featuring text: 'Neu besohlte Schnürstiefel: 3.50 M., Schaftstiefel 4.50 M., Versand 2 P. Nachnahme'.

Advertisement for '100 Heringe' featuring text: 'lange haltbar in deftiger Heringssauce frei ins Haus 3,35 M. Verp. frei. Gratis Dose ca. 20 beste norw. Gelsardinen'.

Advertisement for '100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.-' featuring an illustration of a cigar and text: 'bis ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkursmassen Lombardgeschäften usw. aufkaufe'.

Advertisement for 'Hotel Küstriner Hof' featuring text: '„Hotel Küstriner Hof“ Inh.: Oskar Fuhrmann, Berlin, Madaistr. 8'.

Advertisement for 'Die Baugewerkschaft' featuring text: '„Die Baugewerkschaft“ findet bei ihren Lesern die größte Aufmerksamkeit. Sie hat eine wöchentliche garantierte Auflage von 55 000 Exemplaren'.

Advertisement for 'Bei Husten, Asthma' featuring text: 'Atemnot, Bronchitis, Verschleimung, Influenza, Schlaflosigkeit, Krämpfe im Hals, Erstickung, Lungenleiden usw. hat schnell, oft schon über Nacht, mit wunderbarem Erfolge wie ein Zaubermittel gewirkt'.